Nr. 273.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

11. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 23. November 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

In eigener Sache.

Unser Münchener Partei-Organ, die „Münchener Post", schreibt in ihrer letzten Nummer:

Der „Vorwärts", der Parteitag und die „Münchener Post". Das offizielle Organ unserer Partei erklärt unter Bezugnahme auf den Zwist, den Genosse Bebel gegen die bayerischen bezw. süddeutschen Genossen in einer Berliner Versammlung vom Zaune gebrochen hat, Folgendes: „Bei derartigen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei hat die Redaktion des „Vorwärts" stets strengste Neutralität für ihre Pflicht erachtet. In einer Einmischung würde sie einen Mißbrauch des amtlichen Organs erblicken, was natürlich die einzelnen Mitglieder der Redaktion nicht hindert, persönlich Partei zu ergreifen." Wir gestatten uns, mit einer solchen Stellungnahme des Zentralorgans nicht einverstanden sein zu können. Denn der „Vorwärts" ist nach unserer Auffassung nicht nur offizielles, „amtliches", sondern er sollte auch, und zwar in erster Linie, führendes Organ sein. Ein führendes Organ hat bei einer Auseinandersetzung innerhalb der Partei aber nicht mit gekreuzten Armen zuzusehen, sondern das Ansehen der Partei, deren Programm und Beschlüsse hochzuhalten. Das führende Organ der Partei darf nicht schweigen, wenn von einem Parteigenossen, und sollte er auch Partei-Vorstandsmitglied sein, gegen eine große, örtlich genau bezeichnete Mitgliedschaft der Partei in öffentlicher Versammlung der denkbar schwerste Vorwurf, die Abweichung vom Programm, erhoben wird. Das führende Organ darf nicht abwarten, wie die Polemik zwischen den Angreifern und Angegriffenen sich entwickelt, es hat den prinzipiellen Standpunkt ohne Rücksicht auf Personen entschieden zu vertreten und mit der Sprache nicht hinter dem Berge zu halten. Es ist fernerhin nicht angebracht, wenn der „Vorwärts" schweigt zu der den Frankfurter Parteitagsbeschlüssen in Berlin gewordenen harten Kritik. Das „amtliche" Organ hat die von der höchsten Instanz der Partei gefaßten Beschlüsse gegen maßlose Angriffe zu vertheidigen. Des Ferneren kann und darf das „amtliche" Organ der sozialdemokratischen Partei nicht schweigen zu einer Behandlung eines gleichfalls sozialdemokratischen Blattes, wie sie der „Münchener Post" in der betreffenden Berliner Parteiversammlung widerfuhr. Leider scheinen die Berliner Parteigenossen recht „schneidigen" Staatsanwälten die allerhäßlichste Gepflogenheit abgeguckt zu haben. Sie rissen Sätze aus dem Zusammenhange eines Artikels und konstruirten das, was sich bei einer naheliegenden redlichen Behandlung der Dinge nicht hätte konstruiren lassen. Die „Münchener Post" erhebt Anspruch, den sozialistischen Gedanken, die internationale Verbrüderung, das Erfurter Programm zum mindesten ebenso gut vertreten zu haben wie irgend ein anderes Parteiblatt im Lande. Wir verwahren uns ganz entschieden, zum billigen Gespött einer Berliner Parteiversammlung gemacht zu werden. Hätte Bebel, hätte Auer, oder hätte der „Vorwärts" die vielleicht nicht ganz glückliche Wendung der zitirten, in Berlin so stark bekriegten Sätze der „Münchener Post" im Zusammenhange gegeben, alle die künstlich aufgedonnerten angeblichen Prinzipienwidrigkeiten würden jämmerlich in sich zusammengefallen sein. Wir erwarten, daß das „amtliche" Organ unserer Partei die Rechtlichkeit unseres Wunsches anerkennt, die bekrittelten Sätze der „Münchener Post" in ihrem Zusammenhange giebt, im ausgebrochenen Meinungsstreit keine abwartende, sondern im Interesse der Partei eine prinzipiell handelnde Stellung einnimmt.

So weit unser Münchener Bruderorgan. Die in Frage kommenden Stellen der „Münchener Post" werden von uns demnächst im Zusammenhang veröffentlicht werden, wie das die Ehrlichkeit erheischt.

Und nun eine kurze Darlegung:

Wie die Redaktion des „Vorwärts" über den Frankfurter Parteitag denkt, das hat sie in zwei Leitartikeln ausgesprochen. Und was in diesen gesagt ist, steht in diametralem Gegensatz zu dem was Bebel in der Berliner Versammlung von Mittwoch vor 8 Tagen gesagt hat. Und die Redaktion hat nach jener Versammlung ausdrücklich erklärt, daß sie keinen Grund habe, ihre Meinung zu ändern. Das war deutlich genug, und niemand konnte hiernach über unser Urtheil in Ungewißheit sein.

Daß es dem Chefredakteur des „Vorwärts", der ein Vierteljahrhundert Schulter an Schulter mit Bebel gestritten, nicht angenehm sein konnte, ihm redaktionell entgegenzutreten, also sofort das ganze Gewicht des Zentralorgans der Partei gegen den alten Freund in die Wagschale zu werfen, das wird jeder begreifen.

Wäre Gefahr im Verzug gewesen, so würden wir selbstverständlich jede persönliche Rücksicht bei Seite gedrängt haben.

Allein wir kannten die Partei zu gut, als daß wir uns einen Augenblick über die Aufnahme und Wirkung der Bebel'schen Rede hätten täuschen, und eine Gefährdung der Partei als möglich annehmen können. So gut ist die deutsche Sozialdemokratie erzogen, und so gründlich ist der Personenkultus und Autoritätsglaube in ihr ausgerottet, daß es keinem Mitglied, und erfreue es sich des höchsten und bestverdienten Ansehens, gelingen kann, die Partei von dem durch Prinzip und Erfahrung, ja durch ihre Geschichte selbst, ihr vorgeschriebenen Weg abzudrängen und um einer Person willen das Parteiinteresse zu schädigen. Bei Bebel war aber die Möglichkeit, daß er solches beabsichtige, von vornherein für uns ausgeschlossen.

Die redaktionelle Neutralität der Redaktion des „Vorwärts" — die persönliche Parteinahme ist selbstverständliches Recht der Redakteure — hat sich in dem, unseres Erachtens mindestens gleich ernsten Streit über die Gewerkschaftsbewegung im vorigen Jahr so gut bewährt, daß wir uns dadurch in der Ueberzeugung, auch jetzt richtig zu handeln, nur bestärkt fühlten. Und der Verlauf der durch Bebel's Rede veranlaßten Diskussion, die schon jetzt alle Hoffnungen der Gegner auf ernsthafte Zerwürfnisse oder gar eine „Spaltung" der Partei zu nichte gemacht hat, giebt uns auch diesmal Recht. Durch eine redaktionelle Parteinahme hätten wir den Streit nur verbittert.

Unser Münchener Parteiorgan meint freilich, der „Vorwärts" sei führendes Organ und habe als solches in Fällen von Meinungsverschiedenheiten die Pflicht, der Partei den Weg zu zeigen.

Wir haben in diesem Sinne die „Führung" niemals verstanden. Der „Vorwärts" soll unzweifelhaft, als Zentralorgan der Partei, die geistige Führung, und mit ihr die geistige Vertretung der Partei nach außen hin haben; allein die Rolle, der Partei in allen streitigen Fragen vorzuschreiben, wie sie zu denken und zu handeln hat, müssen wir entschieden von uns abweisen. Wir sind zu gute Demokraten und haben Jahrzehnte lang von der praktischen Bethätigung des demokratischen Gedankens zu gute Früchte geerntet, als daß wir von einer geistigen Autokratie das Heil der Partei erwarten könnten. Der demokratische Satz: „Regierung durch das Volk und Regierung für das Volk" gilt uns auch für die Partei. Die Partei soll sich selbst regieren — so weit bei uns von Regieren die Rede sein kann. Das heißt: ein jeder Genosse soll denken und streben, und das Gesammtdenken und Gesammtstreben der Partei soll die geistige und politische Thätigkeit bestimmen und bilden. Wir wollen keine Leithämmel und keine Nürnberger Trichter — selbst ist der Mann, selbst ist der Sozialdemokrat. Wir wollen Parteidisziplin, d. h. nicht blinden Gehorsam, nicht blinden Autoritätsglauben, sondern freie Unterordnung der Person unter die Sache. Eine Unterordnung unter Personen — außer soweit sie Vertreter der Sache — wäre der Sozialdemokratie unwürdig.

Und gerade in dieser Beseitigung jeglichen persönlichen Regiments, in dieser Hebung der Kraft des Individuums durch Hebung des Individuums zur Gleichgeltung mit jedem anderen Individuum — in dieser echt demokratischen Gleichheit und Freiheit, die, trotz unbeschränkter und schärfster Kritik der Genossen unter sich, doch in dem solidarischen Zusammenschließen aller Genossen den Gedanken der Brüderlichkeit verwirklicht, in dieser Emanzipation von persönlicher Autorität und in deren Ersetzung durch das Partei- und Menschheitsideal liegt die Stärke der Sozialdemokratie.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Im Exil. 10

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Annette empfand, seit René's Lippen die ihrigen berührt hatten, mehrere Tage in seiner Gegenwart eine sonderbare Scheu, die jeden, der sie kannte, befremden mußte. Sie wagte ihn kaum anzusehen und zitterte, wenn er das Wort an sie richtete. Vielleicht hatte diese flüchtige Berührung genügt, um ein Empfinden in ihr zu wecken, das in jedem heranwachsenden Mädchen schlummert. Sie bemühte sich von nun an, ein zurückhaltendes Wesen anzunehmen, sie frisirte sich sorgfältiger und gab sich beim Gehen eine gesetztere Haltung, — alles Dinge, die nicht zu ihren Gewohnheiten gehörten. Frau Roveray, die viel zu sehr mit himmlischen Dingen beschäftigt war, um die Dinge, die auf dieser Erde geschehen, genügend beobachten zu können, freute sich über diese Veränderung, ohne daß sie die Ursache ahnte. Unglücklicherweise war auch René so zerstreut, daß er nichts merkte. Er sah nicht, daß Annette für ihn einen besonderen Klang in der Stimme, ein besonderes Lächeln hatte, daß sie ihm beständig im Korridor begegnete, daß sie dem Briefträger entgegeneilte, um René die für ihn bestimmten Briefe überreichen zu können, daß sie ihn stets um einen Rath zu bitten hatte, sei es, daß es sich um ein Buch, das sie lesen wollte, oder um eine Schularbeit handelte. Selbst bei dem eisigen Dezembernebel ging sie im Garten unter seinen Fenstern spazieren. Zuweilen fand er auf seinem Fensterbrett ein paar armselige kleine Veilchen, die trotz des Winters nicht verwelkt waren und die eine geheimnißvolle Hand dorthin gelegt hatte. Er ahnte wohl, woher sie kamen und verfehlte niemals, sich dafür zu bedanken. Dann erröthete sie vor Freude. Doch klang ihr dieser Dank nicht so, wie sie ihn sich gewünscht hatte. Sie fühlte wohl, daß „Herr René" — so nannte sie ihn — sie nur als wohlerzogenes, kluges „kleines Mädchen" behandelte.

Ach, welcher Jammer, daß sie so klein war! Wenn er gewußt hätte, wie sehr sie ihren Bruder um sein Glück beneidete, ihn täglich und zu allen Stunden zu sehen und zu hören! Wenn er die in eleganten Arabesken sich in einander schlingenden R. und M. in ihren Schulheften hätte entziffern können, die sie in ängstlicher Hast und mit unendlicher Vorsicht durch unzählige künstliche Schnörkel wieder unkenntlich machte! Wenn er doch eine Ahnung gehabt hätte von der stummen Anbetung, die ihm dies unschuldige, leidenschaftliche Herz entgegenbrachte! Aber leider ging es doch nicht an, daß Annette es ihm sagte.

Eines Tages hatte sie nach Tische einen Apfel mit größter Sorgfalt geschält. Die Schale bildete ein langes, schmales Band, das sie dann über die Schulter hinweg hinter sich geworfen hatte. Jeder weiß, daß die Windungen, welche die Schale dann auf dem Fußboden bildet, den Anfangsbuchstaben vom Namen des Zukünftigen bezeichnen. Ueber ihr Orakel gebeugt, erkannte sie mit positiver Bestimmtheit den Buchstaben M, als René zufällig noch einmal in das Zimmer trat. Welche prächtige Gelegenheit, ihn jetzt einen Blick in ihr Geheimniß thun zu lassen! Aber nein! Mit dem Fuße schob sie den verrätherischen Buchstaben auseinander und lief roth wie eine wilde Rose aus dem Zimmer.

Die arme Kleine hatte oft grausame Demüthigungen zu erdulden, und stets vor ihm. In einer Schublade entdeckte sie eines Tages ein heliotropfarbenes Band. Was war natürlicher, als daß sie es durch ihr goldenes Haar schlang? Außerdem war gerade Sonntag, der einzige Tag, an dem sie die schreckliche schwarze Hülle, welche die ganze Woche hindurch ihre Schmetterlingsflügel gefangen hielt, abstreifen konnte. Mit dem Bande geschmückt, erschien sie Morgens beim Frühstück.

Was muß ich sehen? rief Frau Roveray sofort. Wo hast Du diesen lächerlichen Flitterstaat hergenommen?

René versuchte zu vermitteln:

Aber ich finde, sagte er, daß das Band Fräulein Annette gar nicht schlecht steht.

Sogleich wurde er für seine Worte durch einen langen, dankbaren Blick belohnt. Ganz anders aber der Blick, den die Mutter ihm zuschleuderte. Mit strengem Tone erwiderte sie: man müsse niemand loben. Wer sich selbst erhöhet, der werde erniedrigt werden. Das Gefallenfinden an eitlem Schmuck sei der Anfang zum Verderb der Seele, — und ohne Mitleid schickte sie das junge Mädchen, als wäre es ein wahres Ungeheuer von Kotterie, aus dem Zimmer und gebot Annette, in einer „passenderen Toilette" wieder zu kommen.

Es stand bei Frau Roveray fest, daß ihre Tochter nicht geschmackvoll gekleidet, daß sie nicht hübsch sei, sie ahnte nicht einmal, daß irgend Jemand sie hübsch finden konnte. Ueberzeugt, daß die Neigungen der menschlichen Natur böse sind, zog sie die logische Konsequenz daraus,

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag

steuert die „Münchener Post“ unter der Spitzmarke: „Bebel's Fahnenerhebung“ eine Artikelserie bei, die wir wohl ein Recht haben, auf Gen. Vollmar zurückzuführen, obgleich er sie nicht gezeichnet hat. Wir bringen auch diese zur Kenntniß unserer Leser.

I.

Seit Monaten sammeln die herrschenden Gewalten alle Kräfte, um einen neuen Kriegszug, mit verschärften Gesetzen und äußerster Gesetzesauslegung, gegen uns zu unternehmen. Ihr Plan ist jetzt fertig und vielleicht nur wenige Wochen trennen uns vom Beginne seiner Ausführung. Wir freilich haben dem Kommenden von Anfang an ruhig und furchtlos ins Auge geblickt; bauten wir doch auf die Sieghaftigkeit unserer Sache wie auf die Einigkeit der kampferprobten Sozialdemokratie.

Da müssen wir in diesen Tagen ein unerwartetes Schauspiel erleben. Angesichts der in Schlachtlinie aufmarschirten und angriffsbereiten Feinde erhebt sich einer unserer Führer und schleudert die Fackel der Zwietracht — nicht unter die Gegner, sondern in die eigenen Reihen!

Denn dies und nichts anderes hat August Bebel mit der Rede gethan, die er am 14. d. in Berlin in einer Versammlung des zweiten Wahlkreises gehalten hat. Natürlich wird Bebel bestreiten, eine solche Absicht gehabt zu haben, und erklären, daß er nur das Wohl der Partei im Auge gehabt habe; er beruft sich auf das Recht der freien Kritik, das jedem Genossen im gleichen Maße zustehen müsse.

Aber mit dem gleichen Schild suchten auch Werner und die Berliner „Jungen“ seiner Zeit ihr Treiben zu schützen und Bebel wußte genau, was er ihnen auf ihren Einwand erwidert hatte. „Herr Werner — sagte er in Halle — begründet seine kleinliche Opposition mit hygienischen Rücksichten, er habe sie im Hinblick auf das Wohl der Partei gemacht. Wir brauchen aber solche Pferdekuren am Parteikörper nicht, um uns wohl zu befinden; wäre der Parteikörper nicht so ungesund, er könnte leicht zu Tode kurirt werden.“ — „Die ewige Nörgelei“ — sagte er in einer Berliner Versammlung gegen Werner — „und das ewige Unruhestiften in der Partei, womit man nach außen den Glauben erweckt, als sei die Partei gespalten, das muß endlich aufhören.“ Und in Erfurt setzte Bebel hinzu: „Das wäre eine schöne Partei, wo die Nichteinverstandenen das Recht hätten, fortgesetzt an den Beschlüssen und ihrer Ausführung zu nörgeln, die Partei zu erregen und Spaltung zu verursachen.“

Bebel hat damals freilich nicht daran gedacht, daß seine Worte eines Tages auf seine eigenen Handlungen zutreffen und angewendet werden könnten. War er doch, und das zu einem guten Theil infolge seiner von niemanden bestrittenen großen Verdienste um die Partei, daran gewöhnt worden, daß die Parteiangelegenheiten in wichtigen Punkten niemals anders als in Uebereinstimmung mit seinen eigenen Ansichten entschieden wurden. Daß irgend einmal die Zeit kommen könnte, wo ein Parteitag ein von ihm mit einem dringenden Parteiinteresse motivirtes Vorgehen ablehnen könnte — der Gedanke ist Bebel früher kaum in den Sinn gekommen. Und als er in Erfurt gelegentlich der ersten Fehde mit Vollmar zuerst unerwarteten Schwierigkeiten begegnete und die entfernte Möglichkeit eines Unterliegens vor seinem Geiste auftauchte, da wechselte er auch schnell seine Auffassung über die Pflicht der Parteigenossen, sobald der Parteitag gesprochen hat. Damals hieß es: Vollmar hat sich, wie jeder andere, dem Beschluß des Parteitages zu unterwerfen; sollte aber das Unerhörte geschehen, daß dieser Beschluß zu gunsten Vollmar's ausfiele, dann würden die heimkehrenden Delegirten die Rebellion im Hause finden, „und ich — rief Bebel — wäre der erste, der sich an die Spitze einer solchen Rebellion stellte!“

Wir wollen nicht Bebel's eigenes Wort anwenden. Aber ein Pronunziamento, eine Fahnenerhebung gegen die Ergebnisse des Frankfurter Parteitages ist sein Auftreten — das kann nur eitel Wortklauberei bestreiten.

Der Parteitag war angerufen worden, eine Meinungsverschiedenheit mit den Bayern zu schlichten. Die Bayern stellen einen Antrag, Bebel auch einen; beide werden vom Parteitag abgelehnt. Während sich aber die Bayern mit diesem Ergebniß vollkommen zufrieden geben, und während auch die in der Frage mit Bebel Gegangenen die Angelegenheit, wenn auch hier und dort mit einigen bedauernden Worten, zur Ruhe stellen wollen: handelt Bebel ganz anders. Er ist — wie er selbst sagt — keiner der Gemüthsmenschen, die Konflikten ausweichen; eher sucht er sie. Im Zorn über das Unerwartete, daß er seinen Willen nicht durchzusetzen vermocht hat, scheert er sich den Teufel um den Willen des Parteitages, die Differenz zu begraben, sondern fängt nun das bereits erlöschende Feuer erst recht zu schüren an.

Sonst weiß man nicht hoch genug von den Entscheidungen der höchsten Instanz der Partei zu sprechen, der sich zu unterwerfen die Pflicht jedes Sozialdemokraten sei. Als in Frankfurt die Bayern warnten, keinen haltlosen Beschluß zu fassen, weil in Landesangelegenheiten naturgemäß der Landes-Parteitag zu sprechen und dieser seine Entscheidung bereits getroffen habe, da wurde dies von der Seite, auf welcher sich Bebel befand, mit Entrüstung als sträfliche Gehorsamsverweigerung, als eine Art von Parteihochverrath hingestellt. Bebel aber, das Mitglied des Parteivorstandes, zu dessen besonderen Pflichten die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages und die Aufrechterhaltung der Parteidisziplin gehört, — er unternimmt ohne Zaudern den allem demokratischen Gefühl ins Gesicht schlagenden Versuch, die auf den Frieden gerichtete Absicht des Parteitages zu vereiteln, das, was er auf dem ordnungsgemäßen Weg nicht zu erreichen vermochte, außer und gegen Parteitag zu ertrotzen, kurz die Partei zu vergewaltigen.

II.

Das Auftreten Bebel's widerspricht allen Traditionen der Sozialdemokratie. Aus ihm spricht der Geist eines unbändigen Eigensinns, der wohl für Andere „strengste Disziplin und Unterwerfung“ (Erfurt) fordert, für sich selbst aber kein anderes Gebot als das eigenen unfehlbaren Willens anerkennen will und sich, sobald dieser ernstlich in Frage kommt, durch niemand und durch keinerlei Rücksicht von Zank und Streit abhalten läßt.

Man wird demgegenüber wohl auf Bebel's ungestüme Gemüthsart hinweisen, welche ihm selbst die schlimmsten Streiche spiele, und das als Milderungsgrund angenommen werden müsse. Von diesem Standpunkte wird die Sache, wie wir wissen, auch zumeist in Berlin selbst aufgefaßt, wo — mit Ausnahme weniger passionirter Krakehler — niemand Bebel's Auftreten billigt, die Meisten es vielmehr auf das entschiedenste verurtheilen. Aber, wenn man auch gegenüber einem Manne von Bebel's Bedeutung und Verdiensten weitgehende Rücksichten gelten läßt — und ohne dies wäre es ja längst zu Feuer und Flammen gekommen — so muß doch alles seine Grenze haben; das Temperament darf denn doch keinen Freibrief zu jedem beliebigen Anfall auf Parteigenossen und zu jeder, auch der schwersten Schädigung der Partei-Interessen geben. Im übrigen hätte man diese Entschuldigung trotz alledem vielleicht auch dies Mal noch passiren lassen können, wenn die berufenen Faktoren gethan hätten, was ihres Amtes war und was jedem anderen Genossen gegenüber in ausgiebigstem Maße geschehen wäre. Wohl hat sich das Zentralorgan dagegen verwahrt, durch die ausführliche Wiedergabe der Bebel'schen Rede irgendwie Partei für Bebel ergriffen zu haben. Aber eine derartige zarte Mißbilligung, welche der in den Feinheiten der journalistischen Redeweise nicht bewanderten Masse wenig verständlich ist, kann in einem derartigen schweren Falle nicht genügen. Wäre von Seiten des Parteivorstandes oder auch des Zentralblattes das Auftreten Bebel's offen und gerade gerügt und bedauert worden, — die Angegriffenen würden dies wohl, um des lieben Friedens willen, als Genugthuung oder wenigstens als Anlaß genommen haben, sich mit einer kurzen Bemerkung zu begnügen und nicht weiter auf den Fall einzugehen. Nachdem sich jedoch die leitenden Parteikreise nicht stark genug zeigen, die Parteidisziplin auch einem Bebel gegenüber zu wahren und ihm Frieden zu gebieten, so müssen dies eben Andere thun.

Indem wir uns dieser nicht angenehmen, aber sehr nothwendigen Aufgabe unterziehen, müssen wir Bebel nächst der Disziplinlosigkeit einer Zweideutigkeit zeihen, die gerade bei ihm höchst unsympathisch berühren muß.

Bebel hat unmittelbar vor dem Parteitag einen Aufsatz in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht, in welchem auch nicht das geringste Anzeichen darauf hindeutet, daß er im Schooße der Partei so schwere prinzipielle Gefahren wittert, wie er sie soeben in Berlin kassandrisch verkündigt hat. Im Gegentheil. Er macht sich weidlich lustig über die Kurzsichtigkeit der Gegner, die unermüdet immer wieder auf sozialdemokratische „Spaltungen“ rechnen, trotzdem ihre Hoffnungen bisher noch immer zu Schanden geworden. Wohl werde es auch in Frankfurt an Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten nicht fehlen; aber wer mehr erwarte, betrüge sich und andere. „Prinzipielle Kämpfe oder ernste Kämpfe über die Taktik der Partei sind ausgeschlossen. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen nirgends. Die Partei steht in allen ihren Gliedern auf ein und demselben prinzipiellen Boden, wie ihn das Programm zum Ausdruck bringt .... Zum Ueberfluß sorgt die Verfolgungssucht unserer Feinde dafür, daß Spaltungs- und Abtrennungsgelüste, wenn sie überhaupt vorhanden wären, was nirgends der Fall ist, jämmerlich scheiterten. Prinzipielle Gegensätze sind also ausgeschlossen.“

Als Bebel so schrieb, war ihm natürlich die ganze Lage der Partei ebenso genau wie jetzt bekannt. Und speziell lag ihm auch das gesammte Material in der sogenannten bayerischen Frage, vor allem das Protokoll des Münchener Parteitages vor, in welchem die Ansichten der bayerischen Genossen über die in ihrem Lande einzuhaltende Kampfweise noch weit ausführlicher zum Ausdruck kommen, als dies in Frankfurt geschehen konnte.

Auf dem Parteitag nahm Bebel das Wort, nachdem der bayerische Standpunkt durch Vollmar dargelegt worden war. Er sprach sich in den lobendsten Worten über die Thätigkeit unserer Landtags-Abgeordneten aus. „Ich erkläre ausdrücklich — sagte er — unsere Genossen im bayerischen Landtage haben im vollen Maße ihre Schuldigkeit gethan, und gerade deshalb haben wir die beiden ersten Sätze in unsere Resolution aufgenommen, die allerdings keine neue Wahrheit enthalten sollen, wohl aber konstatiren, daß die bayerischen Genossen für ihre ganze übrige Thätigkeit unsere volle Zustimmung finden.“ Nur die Budgetabstimmung sei Gegenstand der Debatte. Aber auch hinsichtlich dieser Frage zeigte sich Bebel weit entfernt, irgendwie anklagend gegen unsere Landboten vorzugehen. „Es fällt mir — erklärte er — nicht einen einzigen Augenblick ein, auch nur ein Wort des Tadels, der Anklage oder Mißbilligung den bayerischen Genossen im Landtage zu machen. Wir sagten uns vielmehr, daß es sehr wohl Momente giebt, welche die bayerische Handlungsweise erklärlich erscheinen lassen. Man kann sehr wohl, das verstehe ich, zur Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik, nicht um eine Frage des Prinzips handle; haben wir doch auch in Sachsen ursprünglich eine andere Praxis geübt, als gegenwärtig. .... Das ist ja gerade das Unangenehme, was jeden in dieser Sache bewegt, daß es den Anschein haben kann, als ob wir Stellung gegen die Thätigkeit unserer bayerischen Genossen überhaupt nehmen, während wir doch überhaupt der Meinung sind, daß sie ihre Schuldigkeit in vollem Maße gethan haben.“ Es handle sich lediglich darum, was in Zukunft und zwar nicht blos speziell in Bayern, sondern ganz allgemein geschehen solle.

Seitdem sind drei Wochen verflossen. Und welch' ganz anderes Lied singt uns jetzt Bebel! Alle die schönen Reden von der vermehrten Größe der Partei und ihrer imposanten Einigkeit, die nie größer gewesen sei — sie werden als hohl, nichtig, erlogen hingestellt. Die Partei ist in der Verwässerung und Verspießerung begriffen, in einem reißenden prinzipiellen Niedergange. Die Träger dieses Verderbungsprozesses sind die Süddeutschen, vor allem die Bayern; aber auch in Norddeutschland beginnt das Unheil bereits drohend um sich zu greifen. Der Geist, den man schon in Erfurt und Berlin habe bekämpfen müssen, und der mit den Parteigrundsätzen unvereinbar sei, präge sich immer mehr aus. Vor allem sei daran Vollmar schuld, auf den Bebel seine ganzen Ausführungen in der persönlichsten Weise zuspitzt. Derselbe habe mit seinen Ausführungen auf dem Parteitag unerhörter Weise großen Anklang gefunden; er stehe nicht allein, sondern habe einen starken Resonanzboden in der Partei. Sonst wäre man mit ihm längst fertig .... Kurzum: ein tiefer Riß spaltet die Partei in zwei Theile, die nicht mehr auf dem gleichen prinzipiellen Boden stehen.

Den Grundsatztreuen — natürlich die mit Bebel — stehen die Verwässerer gegenüber. Das darf nicht so weitergehen — da giebt es keinen Frieden mehr. Die Sünder müssen früher oder später aus der Partei hinaus, auf die Gefahr hin, daß ein größerer Theil der Partei mit ihnen geht — lieber eine kleine wohldisziplinirte Partei, als ein großer Haufen!

Und nun fragen wir: Welche dieser beiden von Bebel im Laufe weniger Wochen geltend gemachten Anschauungen ist die wahre? Denn beide können nicht zugleich richtig sein, weil sie einander ausschließen, so unverträglich wie Feuer und Wasser sind.

Welcher Bebel hat die Wahrheit gesprochen — der vor und auf dem Parteitag oder der nach demselben?

---

daß Erziehung gleichbedeutend sein müsse mit Unterdrückung. So lange der Vater gelebt hatte, war die Art, wie die Kinder zu erziehen seien, beständig Veranlassung zu ehelichen Streitigkeiten gewesen. Er war von der Art der lebenslustigen Walliser, heiter von Gemüth; er lachte gern und liebte feine Soupers und fröhliche Gesellschaften.

Er schätzte seine Frau sehr, aber er empfand doch häufig das Bedürfniß, sie allein zu lassen, um einen Abend in einem heiteren Kreise zu verbringen. Dagegen war er ganz vernarrt in seine Tochter, die ihm in ihren Zügen und ihrem Wesen glich. Er konnte sie gar nicht genug liebkosen, verhätscheln und verwöhnen. Alles gestattete er ihr: kecke Streiche, Launen, die ihrem übersprudelnden Temperament entsprangen, wenn der Vater nicht gar der erste war, der sie veranlaßte. Das Kind empfing von seinen Eltern in ständiger Abwechselung die zärtlichsten Liebkosungen und die erkältendsten Scheltworte.

Als der Vater todt war — er war in wenigen Tagen von einer Lungenentzündung weggerafft worden — blieb das Unterdrückungssystem siegreich. Es war ein sehr weise ersonnenes, methodisches System. Morgens und Abends fand Familienandacht statt, zu der die Dienstboten hereingerufen wurden, um bei der Gelegenheit auch gleich Unterweisungen zu einem tugendhaften Lebenswandel zu empfangen. In jeder Woche mußten sieben Verse aus der Bibel gelernt und auswendig hergesagt werden. Am Sonntag Vormittag hatten die Kinder der Predigt des Pfarrers beizuwohnen und bei Tisch darüber zu berichten bei Strafe, keinen Nachtisch zu erhalten. Am Nachmittag wurde Sonntagsschule gehalten, in der eine alte Jungfer Geschichten von Missionaren erzählte, die von den Wilden aufgefressen worden waren, — und auch diese Geschichten mußten beim Abendbrot wiederholt werden. Keine andere Lektüre wurde den Kindern gestattet, als fade Traktätchen, die noch dazu schlecht geschrieben waren, die dafür aber von den schrecklichen Gefahren des Tanzes oder von einem durch die göttliche Gnade von seinem Laster geheilten Trunkenbold handelten. Zum Besuch fanden sich nur ehrwürdige Damen ein, die mit näselnder Stimme ihre Bibelsprüche oder ihr zärtliches „liebe Freundin“ hören ließen. In der ganzen Atmosphäre des Hauses lag etwas, was ein Kind für immer beugen oder aber zu offener Empörung reizen mußte. Seit vier Jahren leistete Annette nun schon tapfer Widerstand. Sie ließ ihrem Spott freien Lauf, wobei das Temperament des Vaters bei ihr durchbrach. Sie wagte es, über die frommen Damen und sogar über den Pastor zu lachen, wenn er in seiner Predigt stecken blieb. Als sie eines Tages wegen irgend eines kleinen Versehens keinen Wein erhalten sollte, entgegnete sie schlagfertig: St. Paulus hat gesagt: „Brauche ein wenig Weins um Deines Magens willen.“

Und als ihre Mutter sie entrüstet anblickte, setzte sie hinzu: Ja, ja, in der ersten Epistel an Timotheus, Vers 23. Du siehst, wie gut ich meine Bibel kenne.

Das hinderte aber nicht, daß sie für diese Berufung auf einen heiligen Text streng bestraft wurde. Das half jedoch nicht viel. In der Schule war Annette als die begabteste und zugleich als die wildeste Schülerin bekannt. War sie zu Hause mit ihrem Bruder allein, so war sie ausgelassen wie ein Füllen, das sich losgerissen; und wenn sie, seit René's Ankunft nicht ohne Mühe, die gesetzte, erwachsene junge Dame zu spielen versuchte, funkelten ihre Augen und zuckte es in ihren Füßen, wenn in der Unterhaltung die geheimnißvollen, verbotenen Dinge: Bälle, Konzerte, Theater und ähnliche frivole Sachen nur andeutungsweise erwähnt wurden.

Um diese Zeit empfand Annette einen heftigen Zorn und eine große Freude. Fräulein Rosa Krantz, die gehört hatte, daß Herr Mesfant als Lehrer außerordentlich beliebt sei, sagte sich, daß Frankreich schließlich vielleicht doch einige Vorzüge hätte. Und sie begann von neuem ihre Bemühungen um die Gunst des jungen Mannes. Sie besuchte Frau Roveray häufiger als zuvor und diese war nachsichtig genug, die Besuche so aufzunehmen, als gälten sie ihr allein. Als sie eines Abends zum Thee dageblieben war, verschwendete sie ihre Blicke, ihre gezierten Bewegungen, all' ihre Koketterie in solchem Uebermaß an René, daß Annette vor Eifersucht fast rasend wurde. Man sprach von einer Hochzeit, die kürzlich gefeiert worden war, und das Thema schien Fräulein Rosa sehr zu gefallen. Plötzlich warf Annette mit der unschuldigsten Miene von der Welt die Worte in das Gespräch:

Ich habe die junge Frau gesehen. Sie ist alt, alt, mindestens 27 Jahre alt!

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. November.

Buß- und Bettag ward gestern von unseren Feinden gefeiert. Daß sie das Bedürfniß empfinden, Buße zu thun für die vielen Sünden, die sie verübt haben, erscheint uns sehr natürlich, wenn wir auch genau wissen, daß die Buße nur reinste Heuchelei ist und die sofortige Rückkehr zu den alten sündhaften Praktiken nicht hindern wird. Bei der bekannten „christlichen“ Gesinnung dieser Buß- und Bet-Gesellschaft zweifeln wir nicht, daß sie in ihren Gebeten die Hilfe des Himmels angerufen hat gegen die bösen „Umstürzler“, mit denen sie auf Erden nicht fertig werden kann. Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund Buße zu thun; und himmlische Hilfe brauchen wir nicht anzurufen, da wir mit unseren Feinden ohne Mühe allein fertig werden. —

Der Bundesrath hat in der am 22. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militär-Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse, den Entwurf eines Gesetzes wegen Bestrafung des Sklavenraubes und des Sklavenhandels sowie den Antrag Bayerns, betreffend die Abänderung des Etats der Zollverwaltungskosten den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Entwürfe der Etats des Reichs-Eisenbahnamts, des Rechnungshofes und der Verwaltung der Eisenbahnen für 1895/96 wurden genehmigt. Außerdem wurden Eingaben vorgelegt.

Die Furcht vor der Reaktion steckt den „Freisinnigen“ und „Liberalen“ in allen Gliedern. Nicht die Furcht vor der Reaktion an sich — wir werden im Reichstage sehen, wie Herr Eugen Richter und sein Anhang, einschließlich der Rickert'schen Abgefallenen, wetteifern werden, sich ihre Lorbeeren an der Sozialdemokratie zu verdienen — aber die Furcht, daß die gegen den Umsturz geführten Schläge sie selbst am härtesten treffen werden, läßt sie zittern und jammern. Die Sozialdemokratie hat am wenigsten zu fürchten. Schlimmeres als bisher kann sie nicht erfahren. Das Umsturzgesetz kann keine giftigeren Früchte zeitigen, als die Praxis in Justiz und Verwaltung — siehe das Königreich Sachsen — bisher gethan hat. Und nun gar die Reaktion auf kirchlichem Gebiete. Es hat den „Freisinnigen“ keine schlaflose Nacht bereitet, wenn den Kindern dissidentischer Arbeiter der konfessionelle Unterricht aufgezwungen und den Lehrern eines konfessionslosen Religions- oder Sittenunterrichts die Lehrfreiheit entzogen wurde. Den paar Ideologen aus der Bourgeoisie wird nichts übrig bleiben, als sich der liberalisirenden Neigungen zu entschlagen, soweit sie nicht von den Stumm, Rösicke und Stöcker geduldet werden, oder mit ihnen in das sozialdemokratische Lager zu flüchten. Für die „Komödie“ des Liberalismus bleibt nach den Umsturzgesetzen kein Raum mehr. Ob sie „Brünn an Brünne“ kämpfen, kein Aegir wird ihnen hilfebringend zur Seite stehen! —

Unter den militärischen Forderungen, die den im Dezember zusammentretenden Reichstag zu beschäftigen haben werden, befindet sich auch eine Vermehrung des Intendanturpersonals. Es dürfte sich hierbei um eine jährliche Mehrausgabe von ca. 150 000 M. handeln. —

Was die Feinde sich erzählen. Ein nationalliberaler Waschzettel lautet:

„Bekanntlich war schon seit längerer Zeit angeregt worden, eine Zusammenkunft der belgischen, deutschen, französischen, italienischen, dänischen und vielleicht auch englischen Abgeordneten der sozialistischen Partei herbeizuführen, um bei hochwichtigen

Angelegenheiten ein gemeinsames parlamentarisches Zusammenwirken zu erzielen. Diese Zusammenkunft wird nun Ende dieses Monats in Brüssel stattfinden. In deutschen sozialistischen Kreisen verspricht man sich von dieser Konferenz gerade nicht viel; die Heißsporne der Italiener, Belgier und Franzosen werden sicherlich, wie es heißt, darauf bestehen, daß bei Ausbruch eines Krieges die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder den Generalstreik inszeniren und die Heeresfolge verweigern sollen. Auf dem internationalen Kongreß in Brüssel hatten die Holländer einen dahingehenden Antrag eingebracht, der aber von den Deutschen auf das Energischste bekämpft wurde und auch zu Falle kam. . . ."

Natürlich von A bis Z gelogen. —

Die antisemitische Freude über den neuen Reichskanzler scheint etwas getrübt zu sein durch die Erinnerung eines jüdischen Blattes, nach der Fürst Hohenlohe als Vertreter des Reichs auf dem Berliner Kongresse von 1878 eine bedeutende Thätigkeit zu Gunsten der Gleichstellung der Juden in den Balkanstaaten entfaltet habe. Das Stöcker-Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die konservative Fraktion des Reichstages den Reichskanzler auf die Probe stellen werde, indem sie einen Antrag auf Verbot der Judeneinwanderung stelle. Uebrigens ist das, was die antisemitischen Blätter als Judenwirthschaft bezeichnen, durch niemanden mehr gefördert worden als durch den Fürsten Bismarck, den langjährigen Intimus und Geschäftsverbündeten des Juden Bleichröder. Der neue Reichskanzler scheint übrigens auch persönlich den Juden nicht sehr fern zu stehen, ist doch seine Schwiegertochter eine Enkelin des griechischen Bankiers Baron Sina. Wenn derselbe auch nicht selbst Jude ist, so steht doch jedenfalls seine Baronie auf derselben Grundlage wie die der Hirsch, Eskeles, Arnheim, Rothschild, Königswarter u. s. w. Von den drei Reichskanzlern, die Deutschland bisher gehabt, steht Caprivi am judenreinsten da, und gerade er hat den Hauptzorn der Antisemiten auf sich gezogen. —

Die wirthschaftlichen Kartelle sind eine der größten Mächte in unserem Wirthschaftsgetriebe. Sie boykotten im Stillen, aber aufs Energischste alle nicht vollkommen willfährigen Abnehmer ihrer Produkte. Die Arbeiter haben natürlich darunter noch mehr zu leiden, wie der boykottirte Unternehmer. Dabei findet der Boykott in der sinnreichen Form statt, daß nicht die Lieferung der Waaren überhaupt eingestellt wird, sondern nur unter unerschwinglichen Preissätzen geliefert wird. In diesen Tagen fanden in Dortmund auf indirekte Veranlassung des Kohlensyndikates große Entlassungen von Arbeitern statt. An dem Hösch'schen Werke war folgende Bekanntmachung angeschlagen:

„Zu unserem größten Bedauern müssen wir den Arbeitern des Stahlwerks die Mittheilung machen, daß es uns nicht mehr möglich ist, den Betrieb in bisheriger Höhe aufrecht zu erhalten. Sämmtliche Rohmaterialien, die wir kaufen müssen, vornehmlich: Roheisen, Koaks, Kohlen 2c. sind infolge der bestehenden Syndikate viel zu theuer, im Vergleich zu den Preisen der Fertigfabrikate. Wir sind deshalb gezwungen, vom 1. Dezember ab den Betrieb auf einfache Schicht zu beschränken, und es werden die Kündigungen am heutigen Tage erfolgen.

Dortmund, den 15. November 1894. Albert Hösch.

Wir sind trotz dieses Mißbrauches ihrer Uebermacht gegen jede polizeiliche oder andere Einschränkung der Kartelle, weil wir überzeugt sind, daß diese wirthschaftlichen Unternehmervereinigungen eine Erscheinung des ökonomischen Akkumulationsprozesses sind und sich ebensowenig aufhalten, wie verhindern lassen. Aber darauf ist hinzuweisen, daß gerade die Hauptmacher dieser Vereinigungen die größten Feinde der Arbeiterorganisation, die Hauptrufer im Streite um Ausnahmegesetze sind, — die die Verzweiflungsthaten der Arbeiter hervorrufen können, sie wollen die Staatsgewalt in ihren Dienst gegen die Arbeiterklasse bringen. —

Duellirende Bürgermeister. Wir berichteten unlängst von zwei Bürgermeistern aus der Saarbrückener Gegend, die ihre Differenzen durch einen Zweikampf erledigten. Eine Gerichtsverhandlung hat erwiesen, daß unsere Darstellung richtig war. In derselben wurde der Saarbrückener Bürgermeister Feldmann zu fünf, Bürgermeister Dr. Neff zu vier Monaten Festung verurtheilt.

Ein merkwürdiges Schlaglicht auf den überall entbrannten Kampf für Ordnung, Religion und Sitte gegen den Umsturz wirft dieser Vorgang. Die Leute, die Polizeigewalt haben, die die Verwaltung großer Gemeinwesen in der Hand halten, die zu den sichersten Stützen unserer so heiligen Ordnung gehören, übertreten schamlos das Gesetz und werden dann zu unbedeutenden Strafen verurtheilt. Der Mann aber, der eine dieser Größen beleidigt hätte, wäre im Interesse der Sicherung der Autorität nicht auf die Festung sondern ins Gefängniß gesandt worden, so wie es eben die Erhaltung der „Ordnung" fordert.

Wir sind übrigens begierig, ob künftighin Differenzen zwischen Bürgermeistern und den ihnen vorgesetzten Regierungs- und Oberpräsidenten auch mit der Pistole in Anwesenheit der Sekundanten und des Paukarztes erledigt werden.

Eine Reihe von Schreibereien würden auf diesem Wege erspart werden und geht eine oder die andere Staatsstütze bei dem blutigen Spiele zu Grunde, so wird das Volk das Unglück zu ertragen wissen. —

Von unserem herrlichen Kriegsheere. Aus Metz wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

Aus Anlaß eines Geburtstages kam eine Wette zu stande und es begann nun ein nächtlicher Ritt nach Beduinenart in weißen Leintüchern und weißer Zipfelmütze durch die Straßen der Stadt über den Paradeplatz, an der Hauptwache vorbei nach der Restauration Schwieger, wo die Kavalkade um 1 Uhr 45 Minuten eintraf. Es war, als sei die wilde Jagd losgelassen. Alles stürzte aus den Betten an die Fenster. In dem Schwieger'schen Bierhause, wo viele Offiziere verkehren, war es noch sehr belebt. Zwei der Reiter sprengten ohne weiteres durch die nur angelehnte Thür, die unmittelbar in das Billardzimmer führt, und passirten eine offen stehende Verbindungsthür nach dem Hauptsaal, hielten vor dem Büffet an und ließen sich und ihren Pferden zu allgemeinem Gaudium des Publikums Erfrischungen reichen. Die zurückgebliebenen drei Reiter saßen vor der Thür ab und führten ihre Pferde am Zügel um das Billard und im vorderen Raum herum. Daß es dabei ohne Krach und ohne etliche Trümmer nicht abging, kann man sich wohl denken. Wieder draußen angelangt, passirten sie noch einmal den Paradeplatz, und hier ereilte die Reiter ihr Geschick in der Gestalt eines erst kürzlich eingetretenen und daher noch recht schneidigen Schutzmannes. Dieser fiel dem ersten Reiter in die Zügel und forderte ihn auf, seinen Namen zu nennen, was verweigert wurde. Da der Schutzmann den einen Reiter nicht frei gab, sich auch allmälig trotz der nächtlichen Stunde aus umliegenden Wirthschaften eine Anzahl Leute ansammelte, bequemten die Reiter sich endlich dazu, an die Hauptwache heranzureiten. Dort wurden die Reiter jedoch freigelassen, und die Kavalkade sauste nun durch die untere Stadt nach dem Fort Mosel und von dort nach dem 3 Kilometer entfernten Longeville, um dort ihr Bravourstückchen fortzusetzen. Dies der Hergang. Am andern Morgen erschien bei dem Wirth ein Schutzmann, der sich nach dem angerichteten Schaden erkundigen wollte. Der Wirth verlangte keinerlei Ersatz, stellte auch keinen Strafantrag wegen Sachbeschädigung. Das ist Alles, was bis jetzt seit Donnerstag in der Sache geschehen ist. Die Namen der Theilnehmer an der Kavalkade sind noch nicht bekannt geworden.

Nach Metzer Blättern sollen die fünf Reiter angeblich Offiziere eines Dragoner-Regiment gewesen sein. Einer derselben hätte sogar einen Unteroffizier, der von dem Polizisten um Unterstützung gebeten worden sei, mit der Reitpeitsche geschlagen. Auch in Longville hätte die Kavalkade einen heidenmäßigen Lärm verübt, so daß die Bewohner aus den Betten an die Fenster eilten, Kinder und Frauen vor Angst weinten u. s. w. Jedenfalls wird die Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben. —

Das ungarische Kabinet Weckerle wackelt schon wieder. Der Kaiser scheint sein Versprechen, die konfessionellen Vorlagen zu sanktioniren, nicht oder wenigstens erst recht spät einlösen zu wollen. Dann macht der Sohn des todten Kossuth in Ungarn eine Agitationsreise, bei der antidynastische Propaganda gemacht worden sein soll. Daß dies vom Ministerium nicht verhindert wurde, wird ihm der Kaiser nicht verzeihen. —

Der Kollektivismus vor der französischen Kammer. Man schreibt uns aus Paris unterm 21. November:

Eine der glänzendsten und vom theoretischen Standpunkt aus hervorragendste Rede, die je in der französischen Kammer gehalten wurde, ist sicherlich die in der gestrigen Nachmittags-Sitzung von unserem Freund Jules Guesde gehaltene über den Kollektivismus. Und was dieser Rede noch einen besonderen Werth verleiht und sie umso glänzender erscheinen läßt, ist, daß sie nicht vorbereitet war, nicht vorbereitet sein konnte, da Guesde zu einem ganz anderen Grunde, zu einer Interpellation der Regierung über deren Annullation der Beschlüsse des Gemeinderaths von Roubaix betreffend die Errichtung einer Gemeindeapotheke, eines Rechtskonsultationsbureaus und sonstiger im Interesse der Arbeiter geschaffener Reformen, das Wort ergriffen hatte und er im Verlaufe der Debatte erst zu dieser Rede gedrängt, ja direkt provozirt worden war, provozirt, weil die Majorität, die eine förmliche Hetzjagd gegen ihn vorbereitet hatte und ihn zur Strecke bringen wollte, der festen Meinung war, ihn mit ihrer Herausforderung zu Falle bringen und Halali blasen zu können. Und Guesde, schwach und kränklich, hatte seine Meisterrede erst gehalten, nachdem er zuvor 1½ Stunden zu seiner Interpellation gesprochen, von der man aber wegen des Lärms, der durcheinander schwirrenden Zwischenrufe der Majorität — eine wahre Menagerie hungernder Bestien — auf der Journalistentribüne kaum einzelne Sätze deutlich vernehmen konnte. Guesde sollte unmöglich gemacht werden. Nachdem seine Interpellation beendigt war und Dupuy mit Hinweis auf das rothe Gespenst darauf geantwortet hatte, wurde er darum von dem exradikalen Abgeordneten und gegenwärtigen Regierungsbedienten Bouge, unter dem Zujauchzen der Majorität aufgefordert, den Kollektivismus zu erklären und zwar gleich auf der Stelle zu erklären, damit man ein- für allemal damit fertig werde. Und Guesde that es, that es in einer Weise, daß die Regierungsbande es bald bedauert hatte, ihn dazu herausgefordert zu haben. Seine Rede war nämlich von einer solch mächtigen Wirkung, daß der Lärm bald verstummte und das Haus ihn über eine volle Stunde ruhig, man möchte fast sagen andächtig zuhörte. Und als er geendet, da fühlte die Partei der Satten, daß etwas gethan werden müsse, um die Wirkung abzuschwächen; da fühlte sie, daß nicht Guesde, sondern sie erlegen war, und alles drängte sich nun zum Worte, so daß noch eine Abendsitzung beschlossen wurde, die erst nach Mitternacht endete. Aber alles vergeblich, denn was auch von den Deschanel's und Konsorten von rechts und links gegen den Kollektivismus vorgebracht worden war, sie vermochten Guesde's Rede nicht abzuschwächen; der Kollektivismus war Sieger geblieben.

Auf die Rede selber, die sowohl in der Kammer wie im Lande noch lange nachzittern wird, komme ich selbstverständlich noch zurück. Hervorgehoben sei hier nur noch, daß Guesde's gleichfalls sehr bemerkenswerthe Interpellationsrede von vornherein einen ohrenbetäubenden Lärm hervorrief, blos weil er, von der Bevormundung der französischen Gemeinden sprechend, bemerkte, man sehe ihnen noch unsere Kaiser, unsere Könige, „ich hätte fast gesagt, unsere Zaren" an. Aber trotz allen Geheuls, trotz aller wilden Zurufe ließ er sich nicht davon abhalten, zu erklären, daß man Franzose sein könne, ohne Kosak zu sein und daß die französischen Arbeiter niemals den Henkern Polens die Hände reichen werden. „Sie ziehen die Deutschen vor!" rief ihm da wuthschnaubend die Regierungsmeute entgegen. — Guesde: „Ja ich ziehe die Deutschen, die gegen die Annektirung Elsaß-Lothringens protestirt haben, den Russen vor, die unseres Mitgeschickes spotteten." Damit war aber der Sturm nur wieder von neuem losgebrochen. Dies zeugt aber nur um so mehr für die immense Wirkung seiner zweiten Rede, der Rede über den Kollektivismus, da während derselben von diesem Sturm nichts mehr zu merken war und die ganze Regierungsmeute, eben unter dem Banne dieser Rede stehend, eine volle Stunde lang kaum einen Laut von sich gab. —

In der französischen Kammer war wieder einmal Sozialistendebatte. Guesde interpellirte die Regierung wegen der Maßregelung des sozialistischen Gemeinderaths von Roubaix, dem es verboten worden ist, einen städtischen Dienst für unentgeltlichen Arzt-, Arznei- und Rechtsbeistand zu organisiren. Herausgefordert, sich über „die letzten Ziele des Sozialismus" auszusprechen, entwickelte Guesde in glänzender Rede das sozialistische Programm, und zeigte den geistigen, sittlichen und ökonomischen Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft. Eine sozialistische Tagesordnung wurde mit allen gegen 55 Stimmen verworfen, eine im Sinne der Regierung mit großer Mehrheit angenommen. Die „Ordnung" hat „gesiegt", und der Sozialismus triumphirt. —

Die Rache des Herrn. Es sind noch keine vierzehn Tage vergangen seit Géraulf Richard wegen seines Artikels: „Nieder mit Casimir!" zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt wurde und schon ist, wie uns aus Paris gemeldet wird, die Aufforderung an ihn ergangen, seine Haft anzutreten. Sonst herrscht die Gepflogenheit, zwischen der Verurtheilung und der Aufforderung zum Haftantritt mindestens einen Zeitraum von zwei Monaten verstreichen zu lassen. Wenn diesmal davon abgegangen wurde, liegt der Grund nur darin, daß Géraulf Richard, von den sozialistischen Vereinen des 13. Bezirks aufgefordert, sich um das dort freigewordene Abgeordneten-Mandat zu bewerben, verhindert werde, an der bevorstehenden Wahlkampagne theilzunehmen. Das wird aber durchaus nicht hindern, der Perier'schen Politik dort eine noch stärkere Niederlage zu bereiten, als sie in Nogent erfahren hat. —

Belgien. Aus Mons wird telegraphirt:

Der sozialistische Artillerie-Offizier, der von seinen Kameraden aufgefordert wurde, öffentlich zu erklären, ob er im Falle sozialistischer Unruhen seiner Pflicht als Offizier nachkommen oder zu den Sozialisten übergehen werde, veröffentlicht heute in den Blättern eine Erklärung, worin er ankündigt, der Minister des Innern werde in der Kammer demnächst darüber interpellirt werden, ob die Freiheit der politischen Meinung in Belgien nur mehr eitle Phrase sei und ob der Umstand, daß er als Offizier der sozialistischen Partei angehöre, ihn hinfort unwürdig mache, in der Armee zu bleiben. —

Die italienischen Kammern sind auf den 3. Dezember einberufen. —

Salvador, der geständige Urheber des im vorigen Jahr zu Barcelona (Spanien) verübten Massenmords, verübt an harmlosen Theaterbesuchern, ist gestern hingerichtet worden. Ob der wahnsinnige „Anarchist" vorher zum Priester geweiht wurde, wie es bei der „Frömmigkeit" des Verbrechers geplant war, wissen wir nicht. Die „Frömmigkeit" Salvador's stand auf gleicher Höhe mit der des christlichen Ehepaars Gerlach. Apropos: warum letzteres nicht den „Anarchisten" zugewiesen ward, begreifen wir wirklich nicht. Es scheint hier eine grobe Fahrlässigkeit unserer Reptilien vorzuliegen. —

Im Kolonialkriege haben die Holländer einen Erfolg zu verzeichnen. Eine Depesche der „Nieuws van den Dag" aus Batavia meldet:

Der Radjah, sein Sohn und sein Enkel wurden von zwei Bataillonen eingeschlossen und haben sich ergeben; dieselben sind nach Ampenan gebracht worden. Der Radjah war verwundet. Viele Balinesenchefs haben ihre Unterwerfung angeboten. Neue Schätze an Schmucksachen, Gold und Silber sind aufgefunden worden. Kein Schuß ist gefallen. Die bei dem Angriffe am 25. August verlorenen Kanonen sind alle wieder erobert worden.

Bei den nun seit Dezennien dauernden Kämpfen der Holländer mit den Eingeborenen darf einem solchen Erfolge keine allzu große Bedeutung beigelegt werden. Der Kampf wird fortdauern und dem holländischen Volke noch schwere Opfer an Geld und Blut kosten. —

China-Japan. Die amerikanische Vermittlung ist von der Japanischen Regierung angenommen worden. —

Vom Genossen Vollmar erhalten wir folgende Zuschrift:

„Zu des Genossen Engels' Brief in Nummer 268 des „Vorwärts" habe ich zu bemerken, daß die E. betreffende Stelle in meiner Agrarrede dahin lautete: daß meines Wissens die französischen Genossen mit ihren Nanter Beschlüssen nicht vorgegangen seien, ohne sich vorher über E.'s Zustimmung vergewissert zu haben. Die Nachricht war mir auf dem Parteitage selbst von einem bekannten Genossen mitgetheilt worden. Es thut mir natürlich leid, eine — wie sich nun zeigt — irrthümliche Anführung gemacht zu haben. Indeß war meine diesbezügliche Bemerkung eine rein beiläufige; ich habe aus ihr keinerlei Folgerungen gezogen und deshalb auch jetzt an meiner Rede nichts zu ändern.

Soiensaß am Walchensee, 19. 11. 94.

Mit Gruß! Vollmar."

Parteinachrichten.

Bericht über den Parteitag erstattete in Altenburg Genosse Vogenitz. In der sich hieran schließenden Debatte wurde die Abstimmung desselben in der „Bayernfrage" (Vogenitz hat für den bayerischen Antrag gestimmt) als nicht den Ansichten der dortigen Parteigenossen entsprechend bezeichnet, andererseits aber auch seitens eines Redners die Resolution Bebels in dieser Frage als zur Lösung der Frage nicht geeignet erachtet. Bezüglich der Gehälterfrage war man mit der Ablehnung der Berliner Anträge einverstanden und bezüglich des Stegmüller'schen Falles schloß man sich der Ansicht des Delegierten an, der meinte, hätte man Stegmüller so behandelt, wie es von Bebel verlangt worden, so hätte man zum mindesten den Landesvorstand der badischen Partei, Geck, in gleicher Weise behandeln müssen. Ueberhaupt, bemerkte man, sei mit diesen Fragen viel zu viel Zeit verschwendet worden, die für wichtigere Fragen hätte verwendet werden können. Bezüglich der Agrarfrage ging die Ansicht dahin, daß mehr Gewicht auf die Gewinnung der Landarbeiter als auf diejenige der Bauern gelegt werde. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Parteiversammlung erklärt sich im allgemeinen mit der Thätigkeit unseres Delegirten und mit den Beschlüssen des Parteikongresses in Frankfurt a. M. einverstanden; sie hält es aber für selbstverständlich, daß die sich aus der Ablehnung des Antrages der bayerischen Genossen, betreffs der Abstimmung unserer Genossen über das Budget in den verschiedenen Landtagen, ergebenden Konsequenzen nur die sein können, daß unseren Vertretern in den Landtagen 2c. bei den Abstimmungen über das Gesammtbudget das ablehnende Votum des Frankfurter Parteitages als Richtschnur zu dienen hat. Des weiteren erwartet die Parteiversammlung, daß jeder Parteigenosse mit allen Kräften dafür eintritt, daß die gefaßten Beschlüsse zur Durchführung kommen.

Die Genossen von Bulach (Baden) erklären sich einverstanden mit den Beschlüssen des Parteitages. Bedauert wurde die Stellungnahme derjenigen Parteigenossen, die in dem sogenannten badischen Parteistreit die einzelnen Personen höher stellten, als die Sache selbst. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die Agrarreden der Genossen v. Vollmar und Dr. Schoenlank's von seiten des Parteivorstandes als Flugblatt erscheinen und unter der Landbevölkerung verbreiten zu lassen. Zu dem letzteren Antrag bemerkt der Offenburger „Volksfreund" sehr richtig: "Den zweiten Beschluß halten wir nicht für gut durchführbar. Die Reden Schoenlank's und v. Vollmar's enthalten doch nur Winke für die Genossen, wie agitirt werden soll. Für die Landbevölkerung selbst sind sie unseres Erachtens weniger geeignet. Daß sie die Genossen fleißig studiren, halten wir ebenfalls für zweckdienlich, daß aber der Landesvorstand die Mittel zur Beschaffung der Reden hergeben soll, ist unseres Erachtens eine zu weitgehende Forderung.

In Heidelberg, wo bekanntlich Dr. Rüdt seinen Wohnsitz hat, ist in einer Parteiversammlung folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung der sozialdemokratischen Partei Heidelbergs erblickt nach Prüfung des Anklagematerials gegen Dr. Rüdt ein Unrecht in dem diesbezüglichen Beschluß des Frankfurter Parteitages und erklärt sich mit dem Beschlusse des Frankfurter Parteitages gegen Dr. Rüdt nicht einverstanden.

Zu dem Bericht über die Mainzer Versammlung werden wir ersucht, noch folgende Resolution nachzutragen, die dort einstimmige Annahme fand: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten und den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages einverstanden und wird mit aller Energie dafür wirken, daß die Beschlüsse auch durchgeführt werden.

Im 1. sächsischen Wahlkreis wurde im Anschluß an den Parteitagsbericht folgende Resolution in ihrem 1. und 4. Punkte einstimmig, im 2. und 3. mit großer Majorität angenommen:

1. „Die in Waltersdorf im Gasthause „Stadt Wien" tagende Parteiversammlung, erklärt sich mit den Verhandlungen des Parteitages, im 1. Punkte, die Gehälterfrage betreffend, voll und ganz einverstanden.

2. Nicht so in betreff der Haltung der Genossen in den Einzellandtagen. Es wird sehr bedauert, daß bezüglich der bayerischen Frage, keine bindende Direktive gegeben wurde. Nimmt jedoch zu dieser Frage einen wesentlich anderen Standpunkt ein, als die Bebel'sche Resolution mit dem Amendement Stadthagen. Die Bebel'sche Resolution ist nicht ganz annehmbar, weil sie die parlamentarische Thätigkeit zu sehr schablonisirt; ebenso aber das Amendement Stadthagen, welches zu viel Willkür zuläßt. Es wird daher der Wunsch ausgesprochen, daß die Vertreter der Partei, in den Parlamenten; unbeschadet für die Einzelpositionen, so weit sie der Kultur dienen, gestimmt zu haben; den Gesammtbudgets jederzeit die Genehmigung zu versagen.

3. Bezüglich der Agrarfrage sind wir der Ansicht, daß ein besonderes Agrarprogramm überflüssig ist, und nur unser Programm genügend erklärt werden müßte, jedoch verlangen wir, daß hierbei unsere letzten Ziele durchaus nicht zu verschleiern sind.

4. Insbesondere mißbilligt die Versammlung, daß durch die persönlichen und partikularistischen Streite so wichtige Anträge, wie der unserige die Agitation betreffende, ganz in den Hintergrund gedrängt wurden, so daß dieselben gar nicht berücksichtigt worden sind.

* * *

Von der Agitation. Eine sehr erfolgreiche Versammlung hat am Sonntag in Tübingen stattgefunden. Genosse Agster von Stuttgart sprach dort über: „Direkte und indirekte Steuern." Die Ausführungen des Referenten fanden in der Versammlung, welche größtentheils aus Weingärtnern und Arbeitern bestand, außerdem aber auch von einer Anzahl Studenten besucht war, eine sehr beifällige Aufnahme. Es wurde gleichzeitig in Aussicht gestellt, daß im Laufe einiger Wochen eine weitere Versammlung stattfinden werde, um insbesondere der akademischen Jugend Gelegenheit zu geben, sich über unsere Anschauungen zu informiren.

In einer Stuttgarter Parteiversammlung erstatteten am Montag Abend die sozialdemokratischen Bürgerausschuß-Mitglieder Kloß und Dietrich Bericht über ihre seitherige Thätigkeit auf dem Rathhaus und erklärten sich die Genossen mit ihnen einverstanden. Hierauf wurden zur bevorstehenden Bürgerausschuß-Wahl 13 Genossen als Kandidaten in Vorschlag gebracht und hoffen wir, wieder einige Sitze zu erobern. Die Genossen Kloß und Dietrich haben aus dem Bürgerausschuß noch nicht auszuscheiden.

* * *

Gemeinderaths-Wahlen. Trotz starker Anstrengungen unserer Gegner siegten bei der Gemeinderaths-Wahl in Siegmar bei Chemnitz unsere Parteigenossen in der Klasse der Unansässigen. Von 157 abgegebenen Stimmen erhielten die Genossen Schönherr 85, Friedmann 84 und Müller 84 Stimmen, gegen 72 Stimmen, welche die Gegner zusammenbrachten.

* * *

Man hüte sich vor falscher Berichterstattung. In Ergänzung der Notiz in unserer Mittwochsnummer, daß Genosse Strunz, Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung „Glück auf" zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt sei, bringt die gestrige Ausgabe unseres Zwickauer Parteiorgans weitere Einzelheiten. Wir entnehmen dem betreffenden Bericht, daß Strunz das Opfer unzuverlässiger Berichterstattung geworden ist. Die Beleidigung des Steigers war schon einmal der Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gewesen. Man hatte diesem nachgesagt, daß er mit der Frau eines Bergarbeiters ein Verhältniß unterhalten habe. — Aehnlich verhielt sich's im zweiten Falle. Hier war von einem Obersteiger gesagt worden, daß er einen Arbeiter geschlagen habe. Der Geschlagene schwächte vor Gericht seine frühere Behauptung wesentlich ab und so erfolgte die Verurtheilung des Genossen Strunz. — Recht angebracht erscheint es uns übrigens, an diese Fälle eine Mahnung zum Abdruck zu bringen, die das „Sächsische Volksblatt" an anderer Stelle bringt. Das genannte Parteiorgan, welches ebenfalls zwei Redakteure hinter Schloß und Riegel sitzen hat, schreibt:

„Leider sind ein Theil der Opfer, die das „Volksblatt" und seine Redakteure bringen, Opfer, welche nicht gebracht werden brauchten, wenn — ja wenn man ihre Vertrauensseligkeit nicht oft mißbraucht hätte. Die Redakteure des „Sächs. Volksbl." haben in dem Ringen Brust an Brust mit der Reaktion gezeigt, bewiesen, daß sie nicht feig sind .. Nun sind wir aber einmal gezwungen, ein ernstes Wort an alle Einsender von Berichten und sonstigen Mittheilungen zu richten. Es scheint mancher zu glauben, ein Recht zu haben, die Redaktion als Prügeljungen bei jeder Gelegenheit benutzen zu können. Wir sind nun aber einmal, namentlich im Interesse der Existenz unserer Presse verpflichtet, vorsichtig bei der Aufnahme von Berichten zu sein. Nicht allein, daß oft die allerkleinlichsten Angelegenheiten harmonikamäßig in die Länge gezogen werden, wimmelt es in vielen Berichten von Schimpfworten und, wie verflossene Prozesse gezeigt, auch von Unwahrheiten. Das „Volksblatt" ist leider zu oft ihrer Vertrauensseligkeit zum Opfer gefallen. Sind denn, zum Donnerwetter noch einmal, Arbeiterzeitungen dazu da, jedem Menschen ausnahmslos zu Gefallen zu dienen? Und sind denn deren Redakteure dazu da, geduldige Objekte für die inneren Räume des Gefängnisses zu bilden? Das „Volksblatt" war nie zaghaft, nie feig, den Knüppel hat es stets furchtlos gegen alle Hunde geschwungen, die ihm gern das Lebenslicht ausgeblasen hätten. Heute wollen wir jedoch auch unsere Freunde an ihre Pflichten ermahnen. Benutze man die Redaktion nie zu kleinlichen Zwecken und vergesse man unsere materielle Lage nicht. Gerade unsere Sache erfordert mehr denn jede andere, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. Den bestehenden Gesetzen müssen wir uns nun einmal fügen und mit dem Kopfe kann man keine Mauer einrennen. Also keine unwahren Berichte!" — Ueber den Grund der Verhaftung des Entlastungszeugen Bergarbeiters Rössel vermag unser Zwickauer Partei-Organ auch heute noch nichts Positives anzugeben.

* * *

Parteipresse. Genosse Illge, Redakteur des „Volksblatt für Halle", verläßt, infolge eingetretener Zerwürfnisse mit dem Verlage, seine Stellung und Genosse Ad. Thiele, bisher in Wurzen, wird die Redaktion übernehmen.

* * *

Zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts fand am Mittwoch Abend in Wiener Neustadt eine große Volksversammlung statt. Nach Schluß derselben soll es einem Heroldtelegramm zufolge zu allerlei Ausschreitungen gekommen sein. Die Ruhe sei erst, nachdem Militär eingeschritten, wieder hergestellt worden. Auch einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

Genosse Sillier-Berlin war bekanntlich infolge eines Artikels in der „Gr. Pr.", den Streik in Brandenburg betr., vom Schöffengericht in Schkeuditz zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, vom Landgericht in Halle a. S. jedoch freigesprochen worden. Gegen das freisprechende Urtheil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung beim Ober-Landgericht in Naumburg angemeldet und letzteres wies die Sache an das Landgericht in Halle zurück. Bei der am 15. d. M. stattgefundenen Verhandlung wurde nun Sillier zu 8 Tagen Gefängniß, sowie Tragung der Kosten für die Berufungsinstanz und die Hälfte der Kosten der vorigen Instanz verurtheilt.

Soziale Uebersicht.

Bürgerlicher Boykott über eine ganze Stadt. In einer Kreistagssitzung des Kreises Lübben-Luckau sprach sich bei Gelegenheit der Debatte über die Eisenbahnlinie Lübben—Uckro der Delegirte für Finsterwalde sehr scharf gegen die Stadt Luckau aus. Darauf erschien im Luckauer Kreisblatt folgende Aufforderung: Luckau—Finsterwalde! Bei der Kreistagssitzung am 13. d. M., die Eisenbahn Lübben—Luckau—Uckro betreffend, haben sich die Finsterwalder Abgeordneten in solch' gehässiger Weise über Luckau ausgesprochen, daß wir dies als Luckauer uns unter keinen Umständen gefallen lassen können, ohne Stellung zu nehmen. Wenn eine industrielle Stadt im Kreise nur allein aus neidvoller Angst der Kreisstadt die modernen Verkehrswege, wie Eisenbahnen, durch nichtige, sophistische Gründe versagen will, so würden sich die betreffenden Bürger der leidenden Stadt als dumme Michel hinstellen, wenn sie sich dies, ohne Miene zu verziehen, gefallen ließen. Es haben daher sich einige Geschäftsleute zusammengethan mit der Absicht, künftig nichts aus Finsterwalde zu beziehen und hoffen, daß sämmtliche Kaufleute und Gewerbetreibende sich dem, zu Ehren der Stadt Luckau, anschließen werden. Wir hoffen, in nächster Zeit alle Beigetretenen öffentlich bezeichnen zu können. Den Beitritt bitte bei Herrn Otto Schweitzer in Luckau anzumelden. — Hierzu bemerkt das „Niederlausitzer Volksblatt": Also ein Boykott deshalb, weil die Delegirten die Interessen der Mehrzahl der Einwohner unseres Kreises vertreten haben! Wie in einem Eingesandt des „N. A." behauptet wird, hat man in Luckau das Röhler'sche Hotel boykottiren wollen, wenn denjenigen Delegirten, die der Bahnfrage gegenüber einen ablehnenden Standpunkt eingenommen haben, Bier verabreicht worden wäre! Damit auch der Humor nicht fehle, bringt die heutige Nummer unseres Kreisblättchens einen Artikel gegen den Boykott — der Sozialdemokratie.

Die Aufführung von Gerhart Hauptmann's Drama „Die Weber" ist in Stettin polizeilich verboten worden. Die Polizei stützt sich auf § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, nach welchem die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben drohenden Gefahr zu treffen sind. Das Verbot der Polizei ist gänzlich unberechtigt, denn durch die „Weber" kann die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung überhaupt nicht gestört werden. Das Verbot ist um so unbegreiflicher, als das Kammergericht bereits einmal gegen die Polizei und zwar die Breslauer entschieden hat.

Zur Katastrophe in den Plutoschächten. In Beantwortung einer Interpellation betreffend die Explosion schlagender Wetter in den Plutoschächten erklärte der Ackerbauminister Graf Falkenhayn, die Ursachen der Katastrophe hätten bisher nicht mit Sicherheit festgestellt werden können, doch sei es wahrscheinlich, daß die Ursache eine Selbstentzündung der Kohle gewesen sei. Die Regierung sei unausgesetzt bemüht, Maßregeln zur Bekämpfung der Gefahr infolge schlagender Wetter zu treffen; es bleibe aber dahingestellt, ob ähnliche Katastrophen ganz vermieden werden könnten.

Einen recht vernünftigen Standpunkt nimmt ein Maschinenfabrikant ein, welcher über die gleichmäßige Jahresbeschäftigung der Arbeiter folgendes Schreiben an die „Köln. Zeitung" gelangen läßt: „Die eigentliche Arbeiterfürsorge besteht hauptsächlich darin, dem Arbeiter einen möglichst gleichmäßigen Jahresverdienst zu beschaffen. Das aber haben der Staat, die Gemeinden und die großen Anstalten bei Vergebung ihrer Arbeiten in der Hand, thun es aber leider nicht. Bei uns im Maschinenbau laufen die Bestellungen der Privatkundschaft fast nur im Sommer ein; alle Versuche, solche zur möglichsten Vertheilung ihrer Bestellungen über die 12 Monate des Jahres zu bewegen, sind vergebens. Für den Staat, die Gemeinden und großen öffentlichen Unternehmungen bedarf es aber nur eines Befehles an ihre Beamten, und die Vergebungen können so geregelt werden, daß die Industrie Winterarbeit hat. Wir sind zur Zeit an etwa 7 bis 8 größeren maschinellen Arbeiten unserer Besonderheit interessirt, von denen uns mindestens 1 bis 2 zufallen dürften; hätten wir solche jetzt, dann brauchten wir nicht nur keine Leute zum Winter zu entlassen, sondern wir hätten von den vielen sich bei uns meldenden Reservisten noch einige einstellen können. Obige 7 bis 8 Lieferungen hätten nach dem Stande der Vorarbeiten sämmtlich bis Herbst vergebungsfähig sein können, wenn die betreffenden Beamten ein Verständniß für das, was der Industrie wirklich noth thut, hätten. Die Vorbildung der Regierungsbaumeister giebt ihnen aber gar keine Gelegenheit, sich ein solches Verständniß anzueignen. Dann aber sind die Herren während des Sommers so durch Erholungs- und Studienreisen, durch freiwillige oder unfreiwillige achtwöchige militärische Uebungen ꝛc. in Anspruch genommen, daß ihnen für die Vergebung von Winterarbeit gar keine Zeit bleibt. Einigen Einfluß mag auch noch die Verlegung des staatlichen Rechnungsjahres auf den 1. April auf die Art der Vertheilung der Arbeit haben. Es sei, wie ihm wolle, hierin muß Wandel geschaffen werden; im wahren Interesse der Arbeiter, aber auch der Industrie überhaupt muß Alles aufgeboten werden, die Arbeit möglichst gleichmäßig auf die 12 Monate des Jahres zu vertheilen."

Eine Lohnbewegung, die ganz merkwürdige Ausblicke eröffnet, ist unter den Chormitgliedern der Wiener Hofoper ausgebrochen. Dieses kaiserliche Institut, das wie keines dem Luxus und Vergnügen der besitzenden Klassen dient, zwingt seine Arbeiter zur Entbehrung und läßt sie im Elend beharren. Die Einkommen der männlichen Chormitglieder schwanken zwischen 760 und 1000 Gulden, die der weiblichen, die auch hier schlechter entlohnt werden, 500 und 840 Gulden pro Jahr. Aber die Hofoper hat auch ihre Choreleven, deren jährliches Einkommen 300 Gulden beträgt. Nun darf man nicht etwa glauben, daß die Bewegung unter den Chormitgliedern darauf abzielt, diese bescheidenen, ja fast dürftigen Bezüge zu erhöhen, daß sie etwa eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen anstreben. Sie wehren sich nur gegen die von der Intendanz herbeigeführte Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, gegen Ersparungen, welche in diesem Luxusinstitute auf Kosten der Aermsten durchgeführt werden sollen. Bis jetzt hatten die Chormitglieder die Möglichkeit eines Extraverdienstes; für sogenannte stumme Rollen im Ballet erhielten sie ein kleines Spielhonorar. Die Intendanz hat das nun ganz abgeschafft und diesen Verdienstengang noch durch Verpflichtung der Mitglieder, ihr Arbeitszeug selbst zu zahlen, verschärft. In den Blättern sind „Ersparungen" mitgetheilt, welche die Intendanz durchsetzen will, die in ihrer Lächerlichkeit geradezu abstoßend wirken. So sollen die Chormitglieder für künftig ihre Schminke, ihre Trikotbandeln selbst bezahlen, damit die Intendanz Ausgaben ersparen und das Defizit der Oper, welches der Kaiser, natürlich aus seiner Zivilliste, deckt und das an 300 000 Gulden alljährlich beträgt, um einige Gulden verringert werden kann. Die maßgebenden Persönlichkeiten der Oper stehen der Bewegung unter den Chormitgliedern ganz wie Privatunternehmer gegenüber und so bescheiden die Forderungen des Chores auch sind, man beharrt darauf, sie rundweg abzuweisen. In der Hofoper, wo man für die „Kunst" einer Ballettänzerin 10 000 Gulden Honorar bezahlen, wo man für die Ausstattung eines Balletts 24 000 Gulden ausgeben kann, knausert man an den schmalen Bezügen der Armen und gewährt den Leuten nicht einmal ein würdiges Dasein. Da liegt das gespenstische Elend und der gleißende Luxus nebeneinander gebettet, und das Gesetz unserer Tage offenbart sich auch in diesem Lohnkampf. Sie nehmen den Armen, um den Reichen geben zu können.

Unentgeltliche Krankenpflege in der Schweiz. Der Kanton Tessin hat im Jahre 1892 die Summe von 245 525 Fr. (1890: 220 350, 1891: 227 362 Fr.) für unentgeltliche ärztliche Behandlung und sonstige Verpflegung unbemittelter Einwohner ausgegeben. Auf die Gemeinden entfielen davon im Jahre 1892 205 589 Fr. (1890: 182 050, 1891: 188 395 Fr.) Der Kanton Tessin zählt 127 000 Einwohner.

Gewerkschaftliches.

An die Vorstände der Zentralvereine. Am 15. Oktober versandten wir ein Zirkular an die Vereinsvorstände, welches die Fragen enthielt, ob im nächsten Jahre ein Gewerkschaftskongreß stattfinden solle, oder ob es ausreichend sei, wenn die Generalkommission am Schluß des Jahres einen eingehenden Bericht über ihre Thätigkeit geben würde. Die Antwort auf diese Fragen erbaten wir bis zum 1. November.

Bis heute aber haben die folgenden Organisationen eine Antwort auf unsere Fragen noch nicht ertheilt: Böttcher, Dachdecker, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter, Gärtner, Glasarbeiter, auf Holzplätzen und in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigte Arbeiter, Plätterinnen, Schiffszimmerer, Steinsetzer, Stuckateure.

Unter diesen Umständen war es nicht möglich, schon jetzt, wie es in unserer Absicht lag, das Resultat dieser Abstimmung veröffentlichen zu können. Wir bitten die genannten Vorstände, uns umgehend mittheilen zu wollen, welche Stellung sie zu den von uns vorgelegten Fragen einzunehmen beschlossen haben. Nach den bisher eingelaufenen Mittheilungen wird ein Kongreß im nächsten Jahre nicht stattfinden. Die Mehrzahl der Vorstände hat sich bis jetzt dahin ausgesprochen, daß am Schluß des Jahres ein Bericht zu geben ist. Einzelne Vorstände wollen über das Stattfinden des Kongresses erst entscheiden, wenn sie von dem Bericht Kenntniß genommen haben; andere halten einen Kongreß trotz der Berichterstattung für nothwendig. Das Resultat der Abstimmung hoffen wir in der nächsten Nummer des „Correspondenzblattes" veröffentlichen zu können, vorausgesetzt, daß die Vorstände der Organisationen, welche uns bis heute noch keine Antwort zukommen ließen, bis dahin uns Auskunft über ihre Stellung gegeben haben werden. Die Generalkommission. C. Legien.

Der Verband der Handschuhmacher Deutschlands hielt am 5. November und folgende Tage in Halberstadt seine zweite Generalversammlung ab. Der Verband blickt in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurück. In den letzten 3 Jahren mußten große Krisen überstanden werden. 1891 und 92 wurden große Streiks geführt, welche zirka 100 000 M. kosteten. Trotzdem dieselben mit einer Niederlage endeten — in Friedrichshagen verließen über 120 Kollegen den Ort — ist die Mitgliederzahl von 2116 im Jahre 1891 auf 2417 im Jahre 1894 gestiegen. Die Zahl der Berufsgenossen in Deutschland beträgt 8200. Im 4. Quartal 1893 waren 15 pCt. sämmtlicher Verbandsmitglieder arbeitslos. Die Arbeitslosenunterstützung verschlang große Summen. Die Einnahmen im Jahre 1893 beliefen sich auf über 44 000 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden in demselben Jahre 30 000 M., an Reise-Unterstützung 3700, an Streikende und Gemaßregelte 2200 M. ausgegeben. In dem Zeitraum vom Oktober bis Ende Dezember 1893 wurden allein 20 000 M. für Arbeitslose bezahlt. Die Mitglieder, welche in dieser Zeit in Arbeit standen, haben 4 pCt. ihres Verdienstes für die Arbeitslosen geopfert, indem sie von der Ansicht ausgingen, daß dadurch, indem den Arbeitslosen Subsistenzmittel zur Verfügung standen, diese nicht zum Lohndrücker würden. Im weiteren beschloß die Generalversammlung, sich dem Industrieverband nicht anzuschließen. Dagegen soll eine Kommission erwägen, ob und inwieweit ein gemeinsames Organ für die Verbände der Lederarbeiter und der Handschuhmacher von Vortheil sei. Die Beiträge an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands soll in Zukunft nicht mehr geleistet werden. Dieser Beschluß wurde mit 12 gegen 8 Stimmen gefaßt. Vom 1. Januar 1895 ab sollen auch weibliche Mitglieder gegen einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pf. aufgenommen werden.

Der größte Arbeiterbund der Schweiz ist der des „Grütlivereins". Ueber die Gründung und Entwicklung desselben hat vor einiger Zeit der Genosse Robert Seidel, Redakteur der Züricher „Arbeiterstimme", ein Buch herausgegeben, dem „Der Sozialdemokrat" folgende chronologische Uebersicht über die Entwickelung des Vereins entnimmt:

1838 Gründung des Grütlivereins durch Appenzeller und Glarner in Genf.

1851 Vierzehntägiges Erscheinen des „Grütlianer".

1852 Auflösung der Berner Sektionen durch die Regierung. Die Sektionen wurden als kommunistisch, sozialistisch und staatsgefährlich erklärt.

1852—1856 Innere Kämpfe. Deutlicheres Auftreten sozialistischer Ideen. Am Zentralfest in Zofingen 1855 läßt Klein aus Basel die soziale Freiheit hochleben, ohne welche die politische nur eine halbe ist.

1856—1860. Ruhige innere und äußere Entwickelung.

1868 Zentralfest in Zürich. Der Anschluß an die Internationale wird verworfen und die Arbeiterfrage noch nicht für reif erklärt.

1871 Massendemonstration für die Bundesrevision, Aufstellung eines Revisionsprogramms.

1872 Gründung der Kranken- und Sterbekasse.

1873—1875 Kampf zwischen der Rechten und Linken, zwischen Sozialdemokraten und manchesterlichen Demokraten. Sieg der Linken. Reinhold Rüegg und Bleuler führen die Linke, Zentralpräsident Lang die Rechte. Der schweizerische Arbeiterbund und sein Organ, die „Tagwacht" unter Greulich, sind die treibenden Kräfte.

1877 Gemeinsame Agitation mit dem Arbeiterbund für das Fabrikgesetz.

1878 Delegirtenversammlung in Luzern. Annahme des sozialdemokratischen Programms.

1881 Selbständiges Vorgehen bei der Nationalrathswahl.

1886 Gründung einer Arbeiter-Reservekasse im Verein mit dem Gewerkschaftsbunde.

1887—1890 Ungeahnte äußere Entwickelung. Ansätze zur Bildung einer Rechten und Linken, eines sozialdemokratischen und demokratischen Flügels.

1888 Fünfzigjähriges Jubiläum in Glarus.

1892 Statutenrevision. Der Grütliverein stellt sich auf den Boden der Sozialdemokratie.

Ein neuer Bergarbeiterstreik ist in Schottland in Sicht. Ein Rundschreiben des Vollzugsausschusses der schottischen Bergleute fordert alle Bergarbeiterführer auf, sofort die Grubenbesitzer um eine Lohnerhöhung von 6 Pence anzugehen. Nach Eingang der Antwort der Grubenbesitzer wird der Ausschuß berathen, ob die Lohnerhöhung durch die Aufforderung zu einem zweiten Streik erzwungen werden soll. Auf den 30. November ist eine allgemeine Konferenz nach Glasgow einberufen worden.

Depeschen.

(Depeschen-Bureau Herold.)

San Remo, 22. November. Der Kapitän Romani ist wegen Spionage zu 14 Monaten Gefängniß, 1200 Franks Geldstrafe und in die Kosten des Prozesses verurtheilt worden.

Paris, 22. November. In der Kammer begann heute Nachmittag die Debatte über die Expedition nach Madagaskar. Der Sozialist Groussset legte den Antrag vor, die Diskussion bis nach der Untersuchung der politischen Situation im Orient und in Asien zu vertagen. Der Antrag wurde mit 420 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

London, 22. November. „Daily Telegraph" hält die „Standard"-Meldung von einer Isolirung Deutschlands bei dem etwaigen Zusammenbruch des Dreibundes für völlig unbegründet.

London, 22. November. Eine Meldung der „Daily Chronicle" zufolge sollen England und Rußland beabsichtigen, beim Sultan freie Durchfahrt für alle Kriegsschiffe durch die Dardanellen zu erwirken.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 273. Freitag, den 23. November 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboykotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme **mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist.** Die Vertreter des Brauerrings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, **daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.**

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen **dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden,** dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldezimirung des 16. Mai hatte der Brauerring nicht genug — seine Rache verlangt die **Vernichtung** von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinnen ein empörtes kurzes **Nein** entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisirten Arbeiter dulden, daß ein

ehrloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die **Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!**

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauerring hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an **Euren Opfermuth** appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die **Arbeiter von ganz Deutschland** um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-**Interesse** nicht blos, Eure Klassen-**Ehre** ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als **Sieg!**

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Süddeutsche Brauerei, Karl Kintz u. Ko., Berlin.
Brauerei Müggelschlößchen, Friedrichshagen.
Nordstern-Brauerei, Berlin.
Rathenower Exportbrauerei-Niederlage. Inh. Max Demhardt, N.W., Hannoverschestr. 18a. Tel. III. 8178.
Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O. Niederlage Greifswalderstr. 228.
Phönix-Brauerei, E. Radon, Lichterfelde.
Brauerei Jagdschlößchen, Eberswalde. Niederlage Edm. Renter, Swinemünderstr. 45.
Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 38.
Brauerei Tanz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde. Niederlage Gust. Spiekermann, Krautstr. 48, Tel. VII, 1487.
Export-Brauerei Grabow a./O. bei Stettin. Niederlage Marthen, Bellermannstr. 6.
Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung
vom Donnerstag, den 22. November, Nachm. 5 Uhr.

Um die betrübend hohe Sterblichkeitsziffer der erkrankten Säuglinge in der städtischen Waisenpflege zu vermindern, beabsichtigt der Magistrat besondere Anstalten zu treffen, die eine sorgsame Pflege der in Rekonvaleszenz befindlichen Kinder ermöglichen sollen. Gemäß den Rathschlägen des Professors Heubner, Chefarztes der Kinderstation der Charitee, ist die sofortige Unterbringung der genesenden resp. genesenen Säuglinge in ärztlich überwachte Kostpflegestellen geplant, wo die auch nach besiegter Krankheit noch längere Zeit nothwendige sorgsam beobachtende weibliche Pflege erfolgen kann, welche in dem überfüllten großen Krankenhause selten erreichbar ist. Die Pflegestellen sollen von den Waisenräthen begutachtet, von den Aerzten der Kinderstation und von in der Kinderpflege erfahrenen Frauen fortdauernd kontrollirt und revidirt werden. Das monatliche Pflegegeld für diese Säuglinge soll von 18 auf 30 M. erhöht und für die nächsten vier Monate ein Betrag von 1000 M. dafür zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadtvv. Singer u. Gen. beantragen, in dem Magistratsvorschlage die Worte „in der Rekonvaleszenz befindliche“ zu streichen.

Stadtv. Dr. Zadek: Wir stimmen der Vorlage und den Vorschlägen des Professor Heubner bei, daß die Waisensäuglinge sorgsamster Pflege bedürfen, und daß für sie der Satz von 18 M. nicht ausreicht; aber wir halten dafür, daß diese sorgsame Pflege nicht bei den rekonvaleszenten Säuglingen Halt machen soll, und beantragen deshalb, die Erhöhung des Verpflegungsgeldes ganz allgemein auf die sämmtlichen Waisensäuglinge auszudehnen. Auch was die Kontrolle betrifft, halten wir die entsprechende Ausdehnung der Magistratsvorschläge für dringend wünschenswerth. Was den genesenden Säuglinge recht ist, muß den gesunden Säuglingen billig sein. Für die Pflege ist ein zehnmonatlicher Zeitraum normirt, ein etwas merkwürdiger Satz. Sollen die Kinder nach 10 Monaten wieder auf den geringeren Etat gesetzt werden? Das hieße doch eine Prämie auf eine neue Erkrankung setzen. Es scheint danach widersinnig, den erhöhten Satz erst einzuführen, wenn das Kind erkrankt ist; die höheren Sätze sind gerade dann am Platze, wenn das Kind durch ausgezeichnete Pflege vor der Erkrankung geschützt werden soll. Auch in Leipzig, wo Professor Heubner bis jetzt war, hat sich die Sterblichkeitsziffer der in der Außenpflege befindlichen Säuglinge nicht günstig gestaltet. Das System, welches wir jetzt übernehmen sollen, ist also nur eine Halbheit, wenn nicht nach unserem Antrage die Sache allgemein gemacht wird. In Paris wird über eine Million Franks jährlich lediglich zu dem Zwecke, dem Kinde die Mutterbrust zu geben, in den Stadt-Etat eingestellt. Auch unsere Hygieniker, wie Baginski und Neumann, haben sich bereits früher für Subventionirung der Mütter ausgesprochen. Bei uns freilich haben solche Einrichtungen angesichts der grundsätzlichen Abneigung der städtischen Behörden auf Annahme nicht zu rechnen; erst vor zwei Jahren haben Sie unseren Antrag auf Einrichtung eines Wöchnerinnen-Asyls durchfallen lassen, weil Ihre Antipathie gegen die unehelichen Mütter den Ausschlag gab. Weder solche Asyle, noch Säuglings-Krankenhäuser richtet Berlin ein; auf allen diesen Gebieten ist unsere Hauptstadt ganz bedeutend zurückgeblieben. Die Vorlage ist durchaus unvollständig. Allgemeine Krankenhäuser, wie die Charitee, sind für die Aufnahme von erkrankten Säuglingen überhaupt ganz ungeeignet. Nehmen Sie wenigstens unseren Antrag einstimmig an.

Stadtrath de Rève: Die Kinder in Paris, von denen der Vorredner spricht, scheinen doch nicht Waisen zu sein, da er der Mutterbrust, die ihnen gereicht werden soll, ausdrücklich erwähnt. Aus der hier beantragten Erhöhung läßt sich die Berechtigung der Forderung einer allgemeinen Erhöhung des Pflegegeldsatzes um so weniger herleiten, als neben den 18 M. auch die gesammte Wäsche seitens der Stadt geliefert wird. Die Säuglinge sind übrigens meistens außerhalb Berlins untergebracht, wo der Satz von 18 M. eine andere Bedeutung hat.

Stadtv. Zadek: Die von mir behauptete große Sterblichkeitsziffer hat der Magistratsvertreter nicht zu entkräften vermocht. Von den Säuglingen in der Außenpflege sterben nicht weniger als 33⅓ pCt. Daß auch die gesunden Säuglinge der äußersten, sorgsamsten Pflege bedürfen, ist doch selbstverständlich; darum spricht alles, was der Magistrat für die rekonvaleszenten Säuglinge geltend macht, für die verwaisten Säuglinge überhaupt.

Stadtv. Dr. Bergmann: Gewiß ist die Muttermilch für die Säuglinge das Beste; wo aber sollen wir die Hunderte von Müttern herbekommen, die unsere Waisensäuglinge nähren können? Wir hatten im letzten Jahre 522 Säuglinge im Depot. Anmeldungen von guten Pflegestellen liegen in Menge vor. Die Säuglingssterblichkeit beträgt auch außerhalb der städtischen Waisenpflege 25, 30, ja in einzelnen Stadttheilen bis zu 49 pCt.

Stadtv. Zadek: Gerade weil die Sterblichkeitsverhältnisse in der Waisenpflege ganz allgemein so schauderhafte sind, verlangen wir allgemein die Erhöhung. Das „Ideal“ ist thatsächlich in Paris verwirklicht“, in Paris giebt es 1550 Ammen, die zu dem Zweck gehalten werden (Heiterkeit). Nicht die Stadt Berlin, sondern die besitzenden Klassen haben hier ein Unrecht gut zu machen (Unruhe); sie bedienen sich der Ammen für ihre schwachen, kränklichen Kinder und entziehen sie den besitzlosen Klassen. Deshalb sollten auch die Vertreter der besitzenden Klassen für unseren Antrag stimmen.

Für den Antrag Singer stimmen nur die Sozialdemokraten. Der Magistratsantrag wird unverändert angenommen.

Die Vorlage betr. die Erwerbung eines angelandeten Uferstreifens von 4709 Quadratmetern vor dem Treptower Park, wofür pro Quadratmeter 0,50 Mark an der Fiskus gezahlt werden soll, wird nach längerer Debatte genehmigt.

Die Stadtvv. Hermes, Schwalbe, Meyer II, Spinola u. Gen. beantragen:

„Den Magistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß den Schulinspektoren in denjenigen besonderen Angelegenheiten, welche ihnen im Plenum der Schuldeputation zur Bericht-Erstattung oder Bearbeitung übertragen werden, ein Stimmrecht beigelegt werde.“

Nachdem Stadtv. Hermes den Antrag begründet, führt Stadtv. Horwitz aus, daß damit dem Uebelstande der Arbeitsüberlastung der Schulräthe und der Schuldeputation doch nicht abgeholfen werde. Eher würde sich empfehlen, den Schulinspektoren in der Deputation eine selbständige Stellung einzuräumen, wie es der Magistrat vor einigen Jahren selbst beantragte, aber nicht durchsetzte.

In der weiteren Debatte wird vom Stadtv. Cassel darauf aufmerksam gemacht, daß der Antrag Herme sachlich mit jener früheren Magistratsvorlage identisch sei. Auch Oberbürgermeister Zelle äußert sich in zustimmendem Sinne zu dem Antrag, der darauf fast einstimmig angenommen wird.

Die Vorlage betr. Abänderung des Tarifs für den Wasserzins auf dem Rummelsburger See wird unter Annahme eines Antrags Bogtherr, wonach Handkähne, die zu Lastkähnen gehören, vom Wasserzins befreit bleiben sollen, genehmigt.

Ueber die Ausschußverhandlungen zum Antrag Rosenow betr. die Entsendung von 10 Mitgliedern der Versammlung nach Deutz zur Besichtigung der Langen'schen Schwebebahn berichtet Stadtv. Rosenow. Der Ausschuß hat den Antrag einstimmig angenommen: ohne Debatte entscheidet die Versammlung in gleichem Sinne.

Die 10 zu entsendenden Mitglieder sollen durch die Abtheilungen vor der nächsten Sitzung gewählt werden.

Die Bewilligung der vom Magistrat für das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus für 1895/96 beantragten Beihilfe von 50 000 Mark hat der niedergesetzte Ausschuß mit 14 gegen 1 Stimme empfohlen. Die dissentirende Stimme wollte die Forderung nur unter der Bedingung bewilligen, daß der Einfluß der Stadtverwaltung auf das Krankenhaus durch Entsendung von Vertretern des Magistrats und der Versammlung in dessen Vorstand sicher gestellt werde. Der Ausschuß erachtete jedoch diesen Einfluß durch die auf finanziellem Gebiet vereinbarten Kontrollmaßregeln für hinreichend gewährleistet.

Die Bewilligung erfolgte ohne Debatte.

Für drei neue Gemeinde-Doppelschulen legt der Magistrat die Skizzen vor. Die Schulen sollen in der Prinzen-Allee 62/66, Strelitzerstr. 41a/42 und in der Gloganerstraße errichtet werden. Das Grundstück in der Prinzen-Allee ist städtischer Besitz; es soll auf demselben gleichzeitig eine neue Straße nach der Pankuserstraße 69 durchgelegt werden. Die letztere Vorlage geht an einen Ausschuß.

Schluß 8 Uhr.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrolleuren bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading Beuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Die Quittung, welche die Berliner Arbeiterschaft den Doppeldezimirern ertheilt hat, steht klar und deutlich in den diversen Geschäftsberichten zu lesen, die dieser Tage wiederum von einigen Ringbrauereien unter dem Zeichen des Katzenjammers herausgegeben worden sind.

Wir greifen das für uns Wesentlichste aus den Berichten heraus.

„Die Bilanz der Norddeutschen Brauerei-Aktiengesellschaft für das verflossene Geschäftsjahr gestattet leider nicht, eine Dividende zur Vertheilung zu bringen.“ Im vorigen Jahr konnten 3 pCt. gezahlt werden. Bei einem Kapital von 3 Millionen Mark ergiebt dies einen Verlust von 90 000 Mark.

Die Brauerei Friedrichshain ist ebenfalls nicht in der Lage, für das laufende Geschäftsjahr eine Dividende zu vertheilen. Der Ausfall beträgt hier, da im vorigen Jahr 2½ pCt. auf ein Aktienkapital von 1 950 000 Mark zur Auszahlung kamen, 48 750 Mark.

Die Spandauer Bergbrauerei vormals C. Bechmann seufzt:

„Laut Geschäftsbericht hat sich der Abschluß pro 1893/94 durch verschiedene Ursachen ungünstiger gestellt, als bei Abfassung des vorjährigen Berichtes zu erwarten war, und zwar ist das Erträgniß theils durch erhöhte Preise der Rohmaterialien, theils durch verminderten Absatz (**— 10 498 To.**) derart beeinflußt worden, daß bei gleichen Abschreibungen die Vertheilung von nur 5 pCt. Dividende in Vorschlag gebracht werden kann.“

Aus dem Bericht über die am Montag Abend abgehaltene Generalversammlung der Berliner Unionsbrauerei entnehmen wir folgende Quittung:

„Bezüglich des Boykotts interpellirt, erklärte der Vorsitzende, daß derselbe wie bei allen in Mitleidenschaft gezogenen Brauereien nicht ohne Einfluß gewesen wäre. Der Absatz habe sich vom Oktober vorigen Jahres bis zum April dieses Jahres recht günstig gestaltet und sei bis zu diesem Termin ein nicht unbedeutendes Plus gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres erzielt worden; dann seien der Boykott und zugleich die schlechten Witterungsverhältnisse gekommen und es sei nicht zu verkennen, daß bei der großen Sommerkundschaft der Gesellschaft das Wetter (!) einen ausschlaggebenden Einfluß auf den Absatz ausgeübt habe. Diesen Ursachen müsse es zugeschrieben werden, daß sich am Schluß des Jahres ein Minderabsatz von zirka 2000 Hektoliter ergeben habe.“ Wenig verschlagen dürfte der zum Schluß gegebene vage Trost: „Sämmtliche Maßnahmen des Vorstandes inbezug auf den Boykott seien ununterbrochen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrath erfolgt.“

Sehr sauer kommt auch der Schultheiß-Brauerei der Boykott an. Man höre u. a. noch folgende Mittheilungen,

eid der Vorstand der leitenden Ringbrauerei in der letzten Generalversammlung gegeben hat: Es war im neuen Jahre im September ein Minderabsatz von 4270 Hektolitern (im Preise von 106 750 M.), im Oktober ein solcher von 4687 Hektolitern (im Preise von 115 925 M.) und im November bis in die ersten Tage des Monats ein solcher von 500 Hektolitern (im Preise von 12 500 M.) zu verzeichnen. Der Vorstand tröstete die Aktionäre damit, daß dieser Verlust nicht ausschließlich (!) auf den Boykott, sondern theils auch auf die ungünstige Witterung und auf die Erwerbsverhältnisse zurückzuführen sei!

Bemerkt sei noch, daß eingedenk des Bibelworts „Getheilter Schmerz ist halber Schmerz", auch der Vorstand der Schultheiß-Brauerei so gnädig war, einen Theil des Boykottjammers zu tragen. Die Tantième des Vorstandes, die im vorigen Jahre 99 000 M. betrug, wurde für dies Geschäftsjahr auf 75 000 M. reduzirt. Armer Röske!

Die Arbeiterschaft steckt schmunzelnd die Quittungen über ihr pflichteifriges Wirken ein und verspricht, den Boykott auch ferner mit der alten Umsicht zu üben, bis die Ringbrauereien sich zu einem annehmbaren Frieden bereit erklären.

Zur Lokalliste. Rummelsburg. Rosen, Schillerstraße 20, schänkt wieder Boykottbier. Boykottfreies Bier wird jetzt wieder von Ohnesorge, Neue Prinz Albertstraße, geführt. — G. Kähler wohnt nicht Oranienburgerstraße, sondern Oranienstraße 169. Im 6. Wahlkreis sind zu streichen: Hennig, Swinemünderstr. 38; Kinzel, Wollinerstr. 58. Beide verweigern die Vornahme der Kontrolle. Hagen, Fehrbellinerstr. 20, schänkt ringfreies Bier.

Die Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter quittirt über folgende Eingänge: Ueberschuß von dem am 4. November in Hoffmann's Festsälen abgehaltenen Vergnügen 40 M. Vom abbestellten Vergnügen der Gürtler und Bronzeure trotz des Defizits von 25 M. gezahlt 25 M. Vom Verband der Möbelpolirer 100 M.

Das Spandauer Krankenhaus. In der vorletzten Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Spandau kamen u. a. folgende erbauliche Beschwerden über die Zustände im dortigen städtischen Krankenhaus zur Sprache:

1. Ein Pflegling des Krankenhauses beschwert sich, daß er zum Mittag Kartoffeln mit Hering erhalten habe. Die Verwaltung giebt das zu, erklärt aber, daß in Zukunft diese Speise nur als Abendbrot, und ferner auch nur auf Wunsch verabreicht werden soll.

2. Beschwerde über verdorbene Wurst mit Maden.
Erwiderung: Daran hat der Lieferant Schuld.

3. Fünf kleine Käfer in dem Napf mit Linsensuppe.
Erklärung: Die Linsen waren vor dem Kochen nicht ausgelesen; übrigens kommt das in jedem Haushalt vor.

4. Beschwerde: Auf der Wochenstube werden in demselben Wasser mehrere Säuglinge gebadet und das Badewasser gleichzeitig als Mundwasser bei den Säuglingen benützt.
Erwiderung: Kommt in jeder Familie vor!

5. Ein Arbeiter führt Beschwerde, weil er erst am dritten Tage nach seiner Einlieferung in ärztliche Behandlung genommen wurde.
Antwort: „Ist kaum möglich, oder der Betreffende ist bei dem Rundgang des behandelnden Arztes übersehen worden.

6. Ein Anderer sagt aus, daß ihm ein schon von einem Kranken benütztes Bett angewiesen worden sei.
Antwort: Ist so schlimm nicht, soll aber in Zukunft vermieden werden.

Und nun 7. das drolligste, wenigstens so weit es die Antwort betrifft.

Stadtverordneter Wasmuth: „Mein Gewährsmann hat aus seiner Suppe einen Fetzen Verbandgaze herausgefischt und hat darauf nichts mehr essen können".

Antwort: „Das ist nicht wahr! Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß es keine Gaze, sondern Leinwand war, welche wahrscheinlich vom Kesselscheuern herrührt."

Außerdem wurden noch eine ganze Reihe Beschwerden darüber vorgetragen, daß Haare im Essen, und Maden in den Konserven vorgefunden worden seien!

Preußische Gewissensfreiheit. Der Kassirer der Berliner Freireligiösen Gemeinde, Möbelfabrikant P. Peege, hatte sich nach der „Volks-Zeitung" wegen Dispens seines Kindes vom Religionsunterricht auf Anrathen des Stadtschulraths Bertram mit seinem Anliegen an das Provinzial-Schulkollegium als die oberste Behörde gewendet und in seinem Gesuch betont, daß er in Gemeinschaft mit seiner Frau sein Kind in der Moral unterweise und ihm auch die wichtigsten Momente aus der Religionsgeschichte mittheile. Das Gesuch ist vom Schulkollegium abgelehnt worden. P. sei gehalten, sein Kind zum Religionsunterricht zu schicken, da ein ausreichender Ersatz für diesen Unterricht nicht nachgewiesen sei.

Majestätsbeleidigung des ollen Willem? Eine sehr zu bezweifelnde Nachricht bringt die „Rixdorfer Zeitung": Es soll gegen den Kuratus der katholischen Gemeinde zu Rixdorf, Herrn Klosen die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden sein. Danach habe sich der Kuratus bei Ertheilung des Geschichtsunterrichtes im vorigen Jahre (!) in einer Schulklasse „unehrerbietige" Aeußerungen über Wilhelm I. zu Schulden kommen lassen, diese Aeußerungen seien seitens der Kinder den Eltern hinterbracht und jetzt, nach Jahresfrist (?!) sei von irgend einer Seite der Regierung zu Potsdam über diesen Vorgang Mittheilung gemacht worden. Nach der Notiz des Vorortsblattes hätten zahlreiche Vernehmungen von Schulkindern stattgefunden. Augenscheinlich handelt es sich, da ein freimüthiges Urtheil selbst über die 1848er Großthaten des hochseligen Heldengreises nicht mehr kriminell strafbar ist, um eine Disziplinaruntersuchung. Immerhin ist die Meldung der „Rixdorfer Zeitung", falls sie sich auch nur in diesem Sinne bewahrheiten sollte, bezeichnend für die heutige Herrlichkeit der Dinge.

Militärboykott. Ein Verbot, das Wirthshaus von Hertel in der Potsdamerstraße zu Groß-Lichterfelde zu besuchen, ist für die Haupt-Kadettenanstalt erlassen worden. Das Lokal, das in unmittelbarer Nähe der Anstalt liegt, erfreute sich bisher eines regen Zuspruches seitens der Angestellten des Kadettenhauses, die eine große Anzahl ausmachen. Nun sind kürzlich einige Kadetten, nachdem der nachsehende Offizier seinen Rundgang beendigt hatte, zur Nachtzeit in Zivilkleidung über die Einfriedigungsmauer gestiegen und bei Hertel eingekehrt. Dies ist zur Kenntniß des Kommandos gekommen und soll dem strengen Befehl, das Wirthshaus zu meiden, für alle Angestellten zu Grunde liegen. Der Wirth, der erheblich geschädigt ist, hat gestern die Petition der Ringbierwirthe um Bestrafung des Boykotts unterschrieben.

Zur Affäre Schwanke. Der Rechtsanwalt Dr. Tiktin als Beistand des Gastwirths Schwanke hat die Haftentlassung seines Klienten am Dienstag in Form einer Beschwerde von dem hiesigen Gericht gefordert. Falls der hiesige Richter auf die Sache nicht eingeht, muß das Schriftstück einer höheren Instanz sofort unterbreitet werden. Die Zahl der Entlastungszeugen hat sich um einen Polizei-Wachtmeister und um mehrere Beamte der Steuerkasse am Gartenplatz vermehrt. Am Montag Abend ist auch ein Gesuch um Haftentlassung an den Staatsanwalt in Breslau als Eilbrief abgegangen. Eine Antwort ist auf keines der beiden Schriftstücke ergangen. Die immer noch nicht erfolgte Vereidigung der Entlastungszeugen beantragt Rechtsanwalt Tiktin auf grund des § 65 der Straf-Prozeßordnung schon in der Voruntersuchung.

Des Armen Ende. Todt aufgefunden wurde in einer Nische des Schlesischen Bahnhofes am Mittwoch Abend gegen 8 Uhr ein etwa 40 Jahre alter Mann, der ärmlich gekleidet war. Er hat keinerlei Ausweispapiere bei sich und ist daher bis jetzt der Person nach unbekannt geblieben. — Polizeilich beschlagnahmt ist am Dienstag Abend die Leiche der 55 Jahre alt gewordenen Almosenempfängerin Johanna Röske, die Schützenstr. 75 wohnte. Die Röske hatte sich seit Sonntag in dem Hause nicht sehen lassen, und der Schlossermeister Müller als Hauseigenthümer öffnete gewaltsam die Wohnung. Die Röske lag todt auf ihrem Bette. Obgleich kein Grund bekannt ist, der auf einen unnatürlichen Tod schließen lassen könnte, so ist die Leiche dennoch polizeilich abgeholt worden.

Aus der Löwe'schen Gewehrfabrik zu Martinickenfelde wird über Unfälle berichtet, die dem unsicheren Funktioniren eines Fahrstuhles zuzuschreiben sind. Am Montag dieser Woche wollten Arbeiter den in der Tischlerwerkstätte befindlichen Fahrstuhl zum Transport von Gewehrschäften benutzen. In dem Glauben, daß der Apparat ausgerückt sei, schoben sie einen Wagen, der 200 Schäfte enthielt, auf den Fahrstuhl hinauf, als dieser plötzlich versagte und mit der schweren Last in die Tiefe stürzte. Glücklicherweise vermochten sich die Arbeiter noch zur rechten Zeit zu retten, doch gingen Wagen und Gewehrschäfte in Trümmer. Am Dienstag früh kurz nach 7 Uhr wollte der Tischlermeister Rauter in der sicheren Voraussetzung, daß der Schaden reparirt sei, mit einem Arbeiter zusammen Kisten auf dem Fahrstuhl transportiren, als der Apparat ebenfalls versagte. Diesmal wurde der Arbeiter mit hinabgerissen; er erlitt eine Verrenkung des Schulterbeins; der Meister kam mit der Quetschung eines Fingers davon. Beide mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Nachdem das zweite Unglück geschehen, wurde auch mit der Reparatur des Fahrstuhls begonnen.

Versuche mit geheizten offenen Droschken erster Klasse finden gegenwärtig hier statt. Die Heizvorrichtung wird in die Wagen hineingelegt, ohne daß dazu eine besondere Veränderung erforderlich ist. Der Apparat hat die Form einer Botanisirtrommel, ist mit einem Teppich überzogen und liegt zu den Füßen des Fahrgastes. Das Heizungsmaterial besteht aus Glühsteinen der Deutschen Glühstoff-Gesellschaft zu Dresden, ein chemisch hergestelltes, rauch- und geruchlos wirkendes Kohlenpräparat. Ein Glühstein heizt den Wagen für die Zeit von 14—16 Stunden; die Kosten belaufen sich auf kaum einen Pfennig für die Stunde. Am Montag ist dem Leiter des Kommissariats für öffentliches Fuhrwesen, Hauptmann Pistenhauer, eine so geheizte Droschke vorgestellt worden. Um nun die Neuerung bekannt zu machen, werden den Besitzern von Droschken tausend Heizapparate auf die Zeit von vier Wochen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Fahrpreis für das Publikum soll sich durch die Heizung nicht erhöhen. Die geheizten Wagen sind durch kleine Schilder kenntlich, die an den Laternen angebracht sind und die Aufschrift „geheizt" tragen.

Ein Jagdbild aus der Hauptstadt der Sozialreform. Einen glücklichen Fang, so meldet ein Berichterstatter, machten gestern früh Beamte der Exekutivpolizei in einer Kaffeeklappe in der Krausenstraße. Der „glückliche Fang" bestand in zwölf unglücklichen Menschenkindern. Zweien derselben wurde die preußische Freiheit wiedergegeben; die übrigen zehn dagegen mußten mit zur Wache. Von dem Transport dahin berichtet der brave Reporter weiter: Unter den zehn befanden sich auch zwei Knaben, von denen der eine zu entwischen versuchte, jedoch gleich wieder eingefangen wurde. Wie herrlich wird die preußisch-deutsche Zivilisation und die Anschauungsweise des Philisterthums doch durch solche „Fangberichte" illustrirt.

„Bombe". Von einem Leser unseres Blattes wird uns folgendes Vorkommniß mitgetheilt: Auf den Verdacht hin, das Wort „Bombe" ausgesprochen zu haben, wurde am Montag früh 8 Uhr der Tischler Paul Meinke vor dem Hause Königsbergerstraße 30 festgenommen. Die Festnahme erfolgte auf die Denunziation des Restaurateurs Soppatschewsky, Königsbergerstraße 34, der gehört haben wollte, daß M. im Gespräch mit einem Kollegen das schauerliche Wort gebraucht habe. Nach Feststellung seiner Personalien wurde M., der etwa eine Stunde auf der Wache zubringen mußte, von der Polizei entlassen.

Zwei große Dachstuhlbrände nahmen vorgestern die Thätigkeit der Feuerwehr in Anspruch; in der zweiten Morgenstunde ging der Dachstuhl des Hauses Marienburgerstraße 30 in Flammen auf. Abends kurz vor 8 Uhr wurde der sogenannte Triangel, das bekannte Gebäude Mauerstr. 1, von einem gewaltigen Dachstuhlbrand heimgesucht.

Sehr idealistische Anschauungen hat die „Germania" trotz Allem über die Spitze der Sicherheitsbehörde, die in Berlin schaltet und waltet. In seiner vorgestrigen Nummer schreibt das Blatt: „Ein böser Auftritt zwischen einem Schutzmann und dem Markipublikum hat sich schon wieder gestern Abend in der Markthalle der Dorotheenstraße abgespielt. Der Schutzmann B. faßte den jugendlichen „Rollmops" eines Speditionsgeschäftes anscheinend hart an, wonach die Augenzeugen für den Knaben Partei nahmen. Hiernach sah sich der Schutzmann veranlaßt, blank zu ziehen, was wiederum zu ärgerlichen Szenen Veranlassung gab. Zu Schaden gekommen ist bei dem Renkontre glücklicherweise niemand. Auf eine Anzeige beim Reviervorstande sind sofort eingehende Ermittelungen seitens desselben eingeleitet worden; es wäre aber sehr angebracht, wenn nach solchen Vorgängen der Polizeipräsident einmal Veranlassung nähme, den Herren Schutzleuten ganz gehörig klar zu machen, wann sie die Waffe gebrauchen dürfen." !!!

Durch einen Kohlensäure-Apparat schwer verunglückt ist am Bußtage, Morgens um 8 Uhr, der 53 Jahre alte Gastwirth Thurau aus der Frankfurter Allee 128. Er wollte an dem Begräbniß eines Kollegen theilnehmen und begab sich in seinen Bierkeller, um nachzusehen, ob der Vorrath noch so groß sei, daß während seiner Abwesenheit nicht frisch angesteckt zu werden brauche. Kaum war er an die Bierteltonne herangetreten, als diese infolge des mächtigen Druckes der zuviel hineingelassenen Kohlensäure zersprang. Die Stücke des Fasses flogen dem Wirth gegen Kopf und Brust und verletzten ihn derart, daß er sofort nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. Thurau befindet sich noch am Leben, liegt aber sehr schwer darnieder. Der Unglücksfall muß darauf zurückgeführt werden, daß der Zeiger des Bierdruckmanometers nicht beachtet wurde, während aus der mit Kohlensäure gefüllten Flasche der Druck in das Faß gelassen wurde.

Eine ebenso höfliche wie dringende Einladung wird von der Arbeiterschaft Rixdorfs an die Direktion der Stadt- und Ringbahn gerichtet. Es ergeht nämlich an sie das bescheidene Ersuchen, einmal lumpige 10 Pfennig pro Person zu opfern und etwa mit dem 6 Uhr 19 Minuten Morgens von Rixdorf in der Richtung Schlesischer Bahnhof abgehenden Zuge eine kurze Fahrt im Koupee dritter Klasse zu riskiren. Es ist wirklich ein Bild, das nicht mehr schön zu nennen ist, wenn man das Drängen, Stoßen und Schubsen der Arbeiter und das Geschnauze der Beamten auf dem Bahnhof beobachtet. Die Viehbeförderung auf preußischen Bahnen kann als Idealzustand betrachtet werden gegenüber der Beförderung von Arbeitern, die, müde und abgespannt noch von den Anstrengungen des vergangenen Tags, in doppelt so großer Anzahl als zulässig sich ins Koupee hineinzwängen müssen, um nur einigermaßen zur rechten Zeit an die Arbeitsstätte zu kommen. Warum können die sogenannten Arbeiterzüge nicht mit der nöthigen Anzahl Waggons ausgestattet werden? Ist eine menschenwürdige Personenbeförderung auf der Ringbahn nur für „Herrschaften" vorgesehen? Kann die Direktion es verantworten, daß die Arbeiter für ihr Geld ohne jede erkennbare Rücksicht befördert werden; kann sie ferner die zahlreichen Zugverspätungen verantworten, die als Folge der von den Arbeitern mit Unwillen wahrgenommenen Szenen eintreten müssen? Unverbesserliche Idealisten, wie die Arbeiter es sind, hoffen sie immer noch, daß persönliche Erfahrung und Beobachtung die maßgebenden Spitzen der Eisenbahnbureaukratie bewegen werden, endlich Abhilfe zu beschaffen. Mögen diese Herren sich recht bald das Vergnügen einer Eisenbahnfahrt im Arbeiterzuge leisten.

Arbeiterrisiko. Auf dem Bau der Herren Ravené Söhne, Wallstraße 5/8, sind am Donnerstag Nachmittag 4½ Uhr zwei Arbeiter im Beruf zu Schaden gekommen. Bei der Kastensenkung, die um diese Zeit ausgeführt wurde, verlor ein Kasten das Gleichgewicht und fiel auf zwei Arbeiter, welche beide am Fuß verletzt wurden und in einer Droschke nach ihrer Wohnung beschafft wurden.

Des versuchten Kindesmordes und Einbruchsdiebstahls wird die unverehelichte 38jährige Pauline Immolczek beschuldigt, welche gestern in das hiesige Untersuchungsgefängniß eingeliefert wurde. Sie soll am 4. d. Mts. im Hause ihrer Dienstherrschaft aus dem Zylinderbureau 800 M. entwendet und ein Kind im Alter von 1¼ Jahren mit Tüchern und Kissen zu ersticken versucht haben. Erst am Montag wurde die Immolczek in Beuthen in Oberschlesien dingfest gemacht, wohin sie gefahren war, um ihre Eltern, wohlhabende Bauern in der Umgegend, zu besuchen. Bei ihr wurden noch etwa 500 M. in baar gefunden. Es wird gesagt, daß das wenig intelligente Mädchen einen Komplicen gehabt, der es zu dem Einbruch verleitet und dem es für das Fortschaffen des Koffers nach dem Schlesischen Bahnhof 30 M. gegeben haben will.

Keine Treppenbeleuchtung. Am vorgestrigen Abend gegen 5½ Uhr betrat die in der Waldemarstraße wohnhafte, zirka 60 Jahre alte Frau Noll das Hintergebäude des Hauses Oranienstraße 19, um dort einen Besuch abzustatten. In der Dunkelheit und bei dem noch nicht erleuchteten Treppenflur betrat Frau Noll nicht die nach den oberen Etagen führende Treppe, sondern die dicht daneben belegene Treppenanlage, die zum Kellergeschoß führt, und stürzte diese bis zur untersten Stufe hinunter. Mit zerschmettertem Schädel wurde die Aermste durch den Künzel'schen Krankenwagen in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Unglückliche Liebe zum Soldatenstand? Aus Nauen wird berichtet: Am Freitag früh warf sich vor den Bororizug, welcher 5 Uhr 30 Min. Berlin verläßt, zwischen Spandau und Seegefeld ein mit Drillichanzug bekleideter Soldat der Spandauer Garnison. Der Maschinenführer bemerkte den Mann, der augenscheinlich in selbstmörderischer Absicht sich dem Bahnkörper genähert hatte, und gab sofort Kontredampf. Der Soldat, der Grenadier Luthe von der 8. Kompagnie des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 4 (Königin Augusta) wurde infolge dessen nicht direkt überfahren; die Verletzungen in den Weichtheilen sind aber so stark, daß er auf dem Transport vom hiesigen Bahnhof (wohin ihn der Zug mitgenommen hatte) nach dem hiesigen Lazareth verstarb. Die Leiche fand vorläufige Aufnahme in der Leichenhalle hierselbst. Der Selbstmörder muß schon am frühen Morgen die Kaserne verlassen und auf Seegefeld zu gelaufen sein. Der Schwerverletzte kam hier ohne Schuhe und ohne Kopfbedeckung an. Eine Kommission von vier Offizieren begab sich mit dem nächstfolgenden Zuge nach Seegefeld, um den Thatbestand und die näheren Umstände festzustellen. Allem Anschein nach ist der Selbstmörder ein erst im Oktober zur Fahne einberufener Rekrut.

Polizeibericht. Am 20. d. M. Vormittags versuchte ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Fruchtstraße, nachdem bei ihm eine Durchsuchung abgehalten worden war, sich den Hals zu durchschneiden. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Nachmittags hängte sich in der Neuen Schönhauserstraße ein Knabe an einen vorüberfahrenden Geschäftswagen, riß dabei die Hinterschütze desselben ab und wurde durch eine herabfallende Kiste schwer verletzt. — Gegen Abend lief in der Wasserthorstraße ein Schlosserlehrling beim Spielen unter einen Geschäftswagen und wurde über die Brust gefahren. — Am 21. d. M. Vormittags platzte in dem Keller eines Hauses in der Frankfurter Allee ein gefülltes Bierfaß beim Anlegen an den Bierdruck-Apparat. Durch die umhergeschleuderten Holzstücke wurde der Schankwirth am Kopfe schwer verletzt. — In der Landsbergerstraße fiel Nachmittags eine Frau infolge eines Fehltritts hin und erlitt Verrenkungen der Hüfte und der Schulter. — In der Nacht zum 11. d. M. sprang ein Mädchen am Luisen-Ufer, hinter der städtischen Gasanstalt, in den Landwehr-Kanal. Es wurde jedoch, ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. — Am 20. und 21. d. M. fanden sieben unbedeutende Feuer statt; außerdem brannten in der Nacht zum 21. d. M. auf dem Grundstück Marienburgerstr. 30 und am 21. d. M. Abends auf dem Grundstück Friedrichstr. 204 die Dachstühle in größerem Umfange.

Witterungsübersicht vom 22. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduzirt auf d. Meeresfp.	Windrichtung	Windstärke (Stala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 3° C. = 4° R.)
Swinemünde	773	S	2	heiter	3
Hamburg	775	WSW	2	wolkig	2
Berlin	774	Still	—	Nebel	2
Wiesbaden	775	Still	—	bedeckt	4
München	774	NO	3	bedeckt	1
Wien	773	WNW	3	bedeckt	5
Haparanda	757	Still	—	heiter	— 0
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	766	SSW	5	bedeckt	11
Aberdeen	761	SW	5	bedeckt	10
Paris	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. November 1894.
Aufklärendes Wetter mit mäßigen südlichen Winden, Nachtfrost und rasch steigender Tagestemperatur; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Theater.

Deutsches Theater. Ein neues Schauspiel von Ernst von Wolzogen, „Daniela Weert" wurde am Dienstag im Deutschen Theater zum ersten Male aufgeführt und unter Hohngelächter im Schlußakt abgelehnt. Das kann dem verschrobensten, wie dem genialsten Drama passiren. Daniela Weert ist aber nicht das eine und nicht das andere. Ehrliche künstlerische Begabung hat ein ehrlich Stück Arbeit gethan und nach so vielem Wortschwall, den philiströse Engherzigkeit uns in diesem Jahre auf der Bühne bescheert hat, war wiederum ein freierer Athemzug zu verspüren. Aber Wolzogen hat keine allzustarke Kühnheit, keine unerhörte Neuerung ausgesprochen; er hat kein Thema aufgerührt, das schwer zu begreifen wäre; er hat sogar, vielleicht mehr als dem Stücke gut thut, dem üblichen Theatergeschmack nachgegeben; und dennoch hat man den Autor verdammt. Weib und Ehe sind eben immer noch auf dem Deutschen Theater die heikelsten und schwierigsten Vorwürfe fürs ernste Drama. Im Zuschauerraum herrscht eben die Spießbürgerlichkeit, und wo sie thront, muß man am Gedeihen freier Kunst verzweifeln. Da ist alles in Traditionen verrannt. An die Satzungen und Anschauungen der bürgerlichen Familie glaubt man so fest, wie an die zehn Gebote. Selbst in Köpfen, die sonst ziemlich aufgeweckt sind, spuken immer noch Reste von Begriffen, unter denen die Frau im letzten Grunde immer zur Hörigkeit verwiesen wird. Entringt sich solcher Frau ein Schrei der Leidenschaft, dann ist's dem lieben Publikum immer unbehaglich zu Muthe; und es fragt ge-

ärgert und unwirsch: Warum war das Weib auch so unbesonnen und achtete nicht auf solide Nachrede. Am Ende muß man auf Welt und Familienordnung Rücksicht nehmen.

Daniela Weert ist die Gattin eines Professors an der Königsberger Universität. Der Mann ist ein fleißiger Fachgelehrter, im Uebrigen ein Cretin. Das verträgt sich sehr wohl. Neben dem verknöcherten Gesellen führt Daniela Weert, eine geistig regsame Frau, ein Schein- und Sklavenleben. Sie lernt den jungen Baron Veldegg kennen, der ihr als freier, moderner, seiner Kaste entwachsener Mensch entgegentritt. Voll von jungem, liebenswürdigem, sanguinischem Temperament, rasch empfänglich für jede Anregung, mochte der junge Veldegg es in Königsberg ganz ernst mit Frau Weert gemeint haben. Allein der Herr Professor drängt auf eine Trennung der beiden Verliebten; sie sollen einander ein halbes Jahr lang vollständig fremd sein; vielleicht verglimmen in dieser Zeit die Liebesflammen. Sidney, Freiherr v. Veldegg kehrt nach Berlin heim, zur Familie, zu seiner Klasse, in sein Amt. Was er an Adel und freiem Menschenthum gewonnen hatte, das vergeht nun allmälig unter den neuen Verhältnissen, die für den jungen Sidney bald die altvertrauten Formen annehmen. Die Familie Sidney's ist nicht gerade junkerlich beengt. Sie ist nicht etwa von der Färbung Kanitz oder Mirbach. Sie ist weit offener. Moderner Geist hat sie gestreift. Aber tief im Innern sitzt der alte Götze, das ewig wachsame Standes- und Familienbewußtsein. Wenn nur Sidney von seiner Begeisterung für Frau Weert kurirt wäre. Man führt ihm ein schönes, adliges Mädchen zu, das nach einer „Partie" lüstern lauert, weil es mittellos ist. An solchem Kuppelversuch findet die Familie nach ihren Ehrbegriffen nichts Unkorrektes.

Sidney wäre wohl seinen Leuten in die Falle gegangen, wenn nicht Frau Weert aus Königsberg zu ihm nach Berlin geeilt wäre. Ihre Prüfungszeit ist vorüber, sie ist frei aus eigenem Entschluß. Sie jubelt auf; dem Gatten aus Zwang ist sie entronnen; was ist natürlicher, ruft jedes Blutfäserchen in ihr, als daß ich dem Gatten der Wahl folge? Allein mit Frau Weert's Macht über Sidney ist es vorüber. Ihr freilich, die sechs Monate in den sehnsüchtigsten Illusionen gelebt hat, wird das nicht sofort klar. Wer trennt sich auch gern über Nacht von zärtlich gehegten Erwartungen? Ihre ganze Persönlichkeit, Leib und Seele, hatte Frau Weert dem moralischen Schwächling anvertraut und den Irrthum, den sie im Taumel der Freiheit nach jahrelanger Sklaverei, im Entzücken der Liebe nach jahrelanger Prostitution in unwürdiger Ehe begangen, muß sie mit einem Martyrium büßen. Die Kraft des Dichters hat nicht scharf und klar genug, vor allen Dingen nicht künstlerisch schlicht genug die Gegensätzlichkeit zwischen dem Weib, das rückhaltlos sein selbstverständliches Naturrecht vertheidigt, herausgearbeitet. Dadurch begünstigte der Autor in verwirrendem Maße die Neigung des Publikums, den soliden gesetzten, auf Anstand bedachten Menschen vor der thörichten Enthusiastin Recht zu geben. Ja, wenn Frau Weert noch das geweihte Standesamt respektirt und keinen Fehltritt begangen hätte, bevor die Scheidung offiziell ausgesprochen war. Aber der Skandal, die Karrière Sidney's! An diesem Vorurtheil zerschellt die Milde, das Verständniß der Familie für die menschliche Lage der Frau Weert. Auf einmal wird sie das „Skelett der Familie" und als sie wahrnimmt, daß auch ihres Sidney's Freiheit eine leichte Schaumschlägerei, kein dauerndes Erz gewesen, als sie sieht, wie Sidney vollends von den vagen Anschauungen der „Familie" umstrickt wird, da zieht sie von dannen, ernüchtert und verbittert.

Das Publikum, das mit Handelsmann-Praxis unten im Theater sitzt, mit dem uralt heiligen Respekt vor jeder standesamtlichen Beglaubigung, schüttelt mit dem Kopf und mißbilligt das Gebahren der armen Daniela. Wie konnte ein geistig hochstehendes Weib einem Manne, wie Sidney, so gläubig vertrauen? Warum that sie, was sonst die erste, beste nicht thut? Ja, warum? Wäre Frau Weert eben so spekulativ, so schlau berechnend gewesen, wie die erste beste, dann wäre sie überhaupt in Königsberg geblieben und hätte bei ihrem Gatten sichere Kost, Obdach und Gewänder gefunden; sie hätte den Druck ihrer Prostitution nicht gefühlt, wie tausend und abertausend Ehedirnen auch, und bei der erdrückenden Langeweile ihres Daseins hätte sie vielleicht sich in heimlich verschwiegenen Abenteuern getröstet; oder auch nicht. Je nach Temperament und Gelegenheit. Das wollte das Publikum nicht begreifen, und darum fiel das interessante Stück. Es wäre wahrscheinlich auch dann gefallen, wenn die Schauspieler, welche die Sache der Familie Veldegg zu vertreten hatten, den engherzig bornirten Standpunkt, auf dem die einzelnen Familienglieder bei aller sonstigen Bravheit und anständigen Gesinnung, kraft ihrer besonderen Klassenempfindung verharren müssen, schärfer betont hätten. Aber die unsicher gezeichnete, und darum leicht irreführende Gestalt Sidney's, der nach einigen Anläufen zur Befreiung vom Vorurtheil in der Atmosphäre seiner Familie zum Egoismus und zur Beschränktheit versinkt, wurde in der Darstellung des Herrn Jarno nicht deutlicher. Für die Daniela Weert setzte Frau Sorma ihr großes Können ein.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Blutschande hatte sich heute der Arbeiter August Trenner aus Neu-Weißensee vor der ersten Strafkammer in nichtöffentlicher Sitzung zu verantworten. Der Angeklagte wurde überführt, sich an seiner eigenen 6—7jährigen Tochter in schamloser Weise vergangen zu haben. Das Urtheil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und sofortige Verhaftung.

Berliner Polizeibeamte. Ein Arbeiter geht mit zwei Kollegen während der Mittagszeit in der Alexandrinenstraße spazieren; ein ihm entgegenkommender Herr stößt ihn an und als der Erstere sich darüber beschwert wird er zur Wache sistirt, denn der Andere war — ein Kriminalbeamter. Das ist der Vorgang. Als Vorspiel ist die Verhandlung vor der 139. Abtheilung des Schöffengerichts zu bezeichnen, wo entschieden werden sollte, ob in dem Umstande, daß sich zwei Personen, vielleicht ohne jede Absicht, auf der Straße berühren, die Gelegenheit gegeben ist, den groben Unfug-Paragraphen in Anwendung zu bringen. Da der als Zeuge vernommene Kriminalbeamte jedoch selber nicht mit Sicherheit behaupten konnte, ob ihn der Andere absichtlich gestoßen, so wurde Freisprechung verkündet, weil, wie der Vorsitzende bemerkte, die Angelegenheit nicht genügend aufgeklärt war. Die Kosten dafür trägt natürlich die Staatskasse.

Eine Anklage wegen versuchten Mordes, die schon einmal das Schwurgericht beschäftigt hat, kam heute abermals vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. Es handelt sich um einen Anschlag mittels eines Messers, den der Maurer Karl Friedrich Rummel am 12. Juni d. J. in der Wollinerstraße gegen seine Ehefrau ausgeführt hat.

An diesem Morgen traf Rummel, der von seiner Wollinerstraße 12 wohnenden Frau getrennt lebte, in dem im gleichen Hause befindlichen Wegen'schen Lokal dort seine Frau an, welche sich von Frau Wegen etwas Schnaps kaufte, da ihr unwohl war. Plötzlich zog er das Schlachtmesser aus seiner Tasche, trat auf seine Frau zu und versetzte ihr von hinten einen Stich in die Brust, der glücklicherweise in drei Wochen geheilt war. Frau Rummel floh in das Billardzimmer, auf ihr Geschrei war Herr Wegen herbeigeeilt, der, ohne zu wissen, daß Frau Rummel schon gestochen war, den Störenfried hinauswarf. Dieser fuhr nach Spandau, kehrte aber dann, von Unruhe getrieben, wieder nach Berlin zurück und suchte zu erforschen, was aus seiner Ehefrau geworden. Als er verhaftet war, legte er sowohl vor der Polizei, als auch vor dem Untersuchungsrichter ein volles und umfassendes Geständniß ab, wonach er seine Ehefrau mit Vorsatz und voller Ueberlegung habe tödten wollen. — Vor Gericht behauptet er, daß er weder von diesem Geständniß, noch auch von den Vorgängen, die sich am 12. Juni abgespielt, etwas wisse.

Rummel wurde, nachdem der Gerichtsarzt die erhobenen Zweifel über die Zurechnungsfähigkeit zurückgewiesen hatte, von den Geschworenen des versuchten Todtschlages schuldig befunden und vom Gerichtshofe zu drei Jahren Gefängniß und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Vom Trucksystem. Von der Anklage, einem Arbeiter den Lohn nicht in baar ausgezahlt zu haben (§§ 115, 119, 146 G.-O.) war vom Landgerichte Duisburg am 19. Juni der Kassirer der Zeche Concordia in Oberhausen, Robert Steeg, freigesprochen worden. Auf Bitten der Frau des Arbeiters W., der auf der Zeche beschäftigt war, hatte er sich für eine Schuld desselben in Höhe von 20 M. verbürgt und schließlich bei der Entlassung des W. 20 M. von dessen Lohn abgezogen. Am nächsten Tage hatte er dem W. das Geld zurückgegeben. Das Landgericht war der Ansicht, die Stellung des Angeklagten als Beauftragter der Zeche und seine Stellung als Privatmann seien von einander zu unterscheiden; hier komme lediglich die Stellung als Privatmann in Betracht. — Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision wurde vom Reichsgerichte für begründet erachtet. Es hob deshalb das Urtheil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Als unzulässig wurde es bezeichnet, zwei Individualitäten für den Angeklagten anzunehmen, da sonst der Zweck des Gesetzes auf's leichteste vereitelt werden könne. Aus welchem Verhältniß die Forderung stamme, wegen deren der Angeklagte den Lohnabzug gemacht, sei gleichgiltig.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung Berliner Maurer lokaler Richtung beschäftigte am 18. d. M. die Amtsniederlegung der Vertrauensleute und die Abrechnung derselben. In der vorhergehenden Versammlung war es denjenigen Vertrauensleuten, welche mit dem von dieser Versammlung gefaßten Beschlusse nicht einverstanden wären, nahe gelegt worden, ihr Amt niederzulegen und die Abrechnung fertig zu stellen. Infolge dessen hatten die Vertrauensleute bis auf Neckert, Schwabe und Golzow abgerechnet. Letztere wollten wie üblich im März zu Ende ihrer Amtsdauer Rechnung legen. Die Versammlung beschloß indessen aus Zweckmäßigkeitsgründen, die Neuwahlen fortab im Herbste stattfinden zu lassen und demzufolge sofort sämmtliche Vertrauensleute neu zu wählen. Die drei Genannten haben nunmehr nachträglich Rechnung zu legen und soll die gesammte Abrechnung der Vertrauensleute in einem Flugblatte der Berliner Maurerschaft vorgelegt werden. Die Rechnungslegung der übrigen Vertrauensleute für die Zeit vom 23. März bis 9. November 1894 hatte folgendes Endergebniß: A. Matull (O.) vereinnahmte 753,25 M.; Hermann Schulz (N.) 415,25 M.; Huraß (N.) 21,30 M.; Ganschow (Wedding) 110,25 M.; Karl Schulze (W.) 180,30 M.; Fritz Freidank (SW.); W. Neckert (Moabit) 311,75 M.; A. Käppel (W.) 2,75 M.; H. Schwabe (SO.) 163 M. und H. Golzow (NO.) 105,75 M. Die gesammte Einnahme einschließlich eines übernommenen Bestandes von 300,23 M. belief sich auf 2611 M. 59 Pf.; die gesammte Ausgabe auf 1919 M. 62 Pf., darunter Streikunterstützungen an Brauerei-Arbeiter Berlins 106 M., an Steinsetzer Stettins 100 M., an Zimmerleute Danzigs 50 M., Töpfer Berlins 400 M., für Agitation 124,10 M., an die Geschäftsleitung Halle 200 M., zur Gewerbegerichts-Wahl 50 M. Es verblieb ein Bestand von 691,97 M. Die Revisoren bestätigten die Abrechnung und wurden die Vertrauensleute, die abgerechnet haben, entlastet. Die vorgenommene Wahl der Vertrauensleute hatte folgendes Ergebniß: Es wurden gewählt für O.: Schacht, Weberstr. 49; für N.: H. Metzke, Oderbergerstr. 10; für W.: F. Meier, Bärwaldstr. 59; für SW.: Aug. Behrndt, Karlsgartenstr. 17, Rixdorf; für Moabit: Kater, Calvinstr. 30; für SO.: H. Schwabe, Forsterstr. 38. Die Wahlen für Wedding und NO. mußten ausgesetzt werden. Zu Revisoren wurden gewählt: H. Fiedler, Invalidenstr. 8, Pagel, Rüdersdorferstraße 60 und H. Künzel, Thaerstr. 9.

Des weiteren beschäftigten die Versammlung die Vorkommnisse auf dem Bau, Alte Schönhauserstr. 32. Nach den gemachten Mittheilungen war dem betreffenden Bauunternehmer sehr daran gelegen, den Bau noch vor dem Einfrieren in die Höhe zu bekommen. Es wurde daher an die Arbeiter das Ansinnen gestellt, in zwei Schichten à 7 Stunden zu arbeiten. Da es aber nur 50 Pf. Stundenlohn giebt, waren die Arbeiter hiermit nicht einverstanden. Infolge dessen wurde bei elektrischem Lichte bis 9 Uhr Abends und noch länger gearbeitet. Die meisten Maurer haben nun, trotzdem sie nicht vom Polier dazu gezwungen wurden, bereitwilligst die Ueberstunden gemacht. Bedauert wurde, daß die Vertrauensleute nicht sofort ein öffentliche Versammlung einberufen haben, um gegen eine derartige Ueberstundenarbeit zu protestiren und diesen nahegelegt, solches in Zukunft bei ähnlichen Fällen zu thun. Jetzt sei der Bau so gut wie fertig gestellt und in der Sache nichts mehr zu machen. Auch über den Boykottbruch auf diesem Bau wurde Klage geführt. Alles dieses wurde auf die unorganisirten Kollegen zurückgeführt und demzufolge allen der Beitritt zur Organisation zur Pflicht gemacht.

Die hiesigen Filialen des Textilarbeiter-Verbandes hatten am 20. November eine gemeinsame Versammlung einberufen. Nach einem Vortrage des Genossen A. Hoffmann über die kapitalistische Sintfluth gelangten mehrere Verbandsangelegenheiten zur Erledigung. Die Ersatzwahl des Zentralvorstandes hatte folgendes Resultat: Schneider, zweiter Vorsitzender; Michaelis, zweiter Schriftführer. In den Ausschuß wurde das Mitglied Bartschat gewählt. Unter Verschiedenem wurde von mehreren Rednern auf die überaus lange Arbeitszeit der Dekateure hingewiesen, ein Uebelstand, dessen Beseitigung allgemein gewünscht wurde.

In einer öffentlichen Partei-Versammlung für die Orte Stralau, Rummelsburg, Friedrichsberg, Friedrichsfelde und Umgegend, die am Sonntag in Bowinkel's Saal in Rummelsburg stattfand, erstattete Genosse Sonnenburg-Friedrichsberg Bericht über den Frankfurter Parteitag. In seinem Referat berührte Redner alle zur Verhandlung gekommenen Gegenstände und fordert zum Schluß die Genossen auf, mit allen Kräften für die Interessen der Partei einzutreten. Der Parteitag hat gesprochen, wie seine Beschlüsse auch lauten mögen, jetzt gilt es, sie zur Durchführung zu bringen. (Beifall.) Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Stadthagen als erster Redner stimmte dem Referenten in dessen Schlußausführungen vollständig bei und glaubt auch, daß Sonnenburg sein Mandat nach bester Ueberzeugung ausgeübt und demgemäß gehandelt habe. Des weiteren bespricht Redner nochmals eingehend die badische und bayerische Angelegenheit sowie die Agrarfrage. Ritter hielt den Beschluß des Parteitages in Sachen Rüdt's für sehr gerechtfertigt. Brahmschiffer bedauerte, daß bezüglich der Gehaltsfrage die Wahl der 11er Kommission abgelehnt wurde. Pilicke hätte nach den soeben gehörten Ausführungen Stadthagen's lieber gesehen, die Resolution Bebel's wäre mit dem Amendement Stadthagen angenommen worden. Kopp-Friedrichsberg zog gegen die „Akademiker" innerhalb der Partei ins Feld. Die Annahme des Antrages Nieder-Barnim: Die Druckerei der Partei-Organe in eigene Regie zu nehmen, hätte viel zur Verbilligung des „Vorwärts" beigetragen. (Beifall.) Hampel war der Ansicht, daß das Recht, ihre Arbeitskraft so theuer als möglich zu verkaufen, auch Redakteuren und sonstigen Parteibeamten eingeräumt werden müsse. — Für Verbilligung des „Vorwärts" traten noch die Genossen Brahmschiffer, Weigel und Pankow ein. Nach den Ausführungen von Frau Sprung, welche zur Agitation unter den Frauen ermahnte und dem Schlußwort Sonnenburg's fand folgende Resolution Annahme: „Die rc. Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Delegirten von Niederbarnim, Genossen Sonnenburg einverstanden und verspricht für die in Frankfurt a. M. festgesetzten Grundsätze mit aller Energie einzutreten.

Ferner protestirt die Versammlung gegen die durch Genossen Winter in einer Versammlung des 8. Wahlkreises zu Berlin ausgesprochene Herabwürdigung der Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises, wonach der Antrag: bezüglich der Uebernahme der jetzt bei Bading gedruckten Parteiliteratur in Partei-Regie auf Veranlassung von Buchdruckern und Schriftsetzern, welche persönliche Vortheile hieraus erhoffen, gestellt worden ist. Sie spricht die Erwartung aus, daß solche unmotivirten Angriffe in Zukunft besser unterbleiben." — Die Abrechnung des Vertrauensmannes wies eine Einnahme von 250,13 M., eine Ausgabe von 193,05 Mark und einen Bestand von 57,08 M. auf. Die Wahl des Vertrauensmannes fiel wiederum auf den Genossen Forgbert. Den Bericht der Lokalkommission erstattete Oehlking. Eine Neuwahl derselben unterblieb. Beyer ist aus der Kommission ausgeschieden.

Englischer Sprachclub. Freitag, Abends 8½ Uhr, Kommandantenstr. 20, „Arminhallen".

Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten Berlins u. Umgegend. Sitzung Abends 8½ Uhr bei Röllig, Neue Friedrichstraße 44. Vortrag über: „Weshalb organisiren wir uns?"

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 179a und Südost-Schule, Waldemarstr. 14, Deutsch (Logik und Rhetorik). Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstraße 3. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsabende Abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Collegia, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Kaiser'scher Männerchor, Schönhauser Allee 26, bei Keßle. — Arbeiter-Gesangverein Nord, Kastanien-Allee 11, bei Augustin. — Kummer'scher Gesangverein, Langestraße 68 bei Tempel. — Arbeiter-Gesangverein Spandau in Spandau, Neumeisterstr. 5, bei Radtke. — Buchbinder-Männerchor, Holzmarktstr. 3, bei Peter. — Vereinte Sangesbrüder Moabit, Stromstraße 29 bei Lange. — Gesangverein Maiglöckchen I, Hochstr. 33a, bei Wilke. — Kreuzberg, Schönleinstr. 6 bei Knaak. — Gemüthlichkeit, Neue Friedrichstr. 44, bei Röllig. — Deutsche Liedertafel, Blumenstr. 38, bei Wiedemann. — Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Arminhallen, Kommandantenstraße 20. — Gesangverein Lorbeerzweig, Swinemünderstr. 38 bei Hübner. — Gesangverein Rheingold, Büschingstr. 7, bei Jakob. — Sängerchor der Maler, Annenstr. 8 bei Albert Prox. — Gesangverein Melodia, Rixdorf, Bergstr. 142 bei Schimkäle. — Iris, Naunynstraße 86 bei Fritz Zubeil. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Mengerts Volksgarten, Bergstraße. — Gesangverein Freya II (gem. Chor), Rixdorf, Hermannstraße 140, bei Daniel Böttcher. — Apollo, Grünstr. 21 bei Sommer. — Gesangverein Moabit, Havelbergerstr. 31. — Freie Liedertafel, Lichtenbergerstr. 18 bei C. Lohmann. — Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Reichert. — Freie Sänger, Schmargendorf, Warnemünderstr. b. Friedrich. — Arbeiter-Gesangv. Sängerkreis (Weißensee), Rölkestr. 136 bei Platz. — Lorelei, Grünthalerstr. 4 bei Hämmerling. — Lustige Sänger, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16 bei Glaser. — Bieber'scher Männerchor, Rosenthalerstr. 67 bei Werrau. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Böhmert's Gasthaus. — Oranke, Weißensee, Königs-Chaussee 19. — Johanni, Rüdersdorferstr. 45, Gesellschaftshaus Ostend. — Sängerverein Sorgenfrei, Admiralstr. 18c, Märkischer Hof. — Sangesfreund, Dragonerstr. 32 bei Kamlowsky. — Gesangverein Sängerkette, Urbanstraße 84 bei Schriek. — Gesangverein Wacht auf I, Wörtherstr. 19 bei Schmidt. — Gesangverein Hand in Hand I, Reichenbergerstraße 24 bei Teuschte. — Gesang- und Orchesterverein Stralauer Liedertafel, Rummelsburg, Hauptstr. 88 bei Bowinkel (Gesang). — Gesangverein Treu und Einigkeit, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 58 bei Neben. — Gesangverein Frohsinn, Rummelsburg, Göthestraße, Ecke Kantstraße, bei Merker. — Gesangverein der Metallarbeiter (Ost), Blumenstr. 46. — Morgenroth 2, Charlottenburg, Bismarckstr. 74 bei Krause.

Vermischtes.

Memel, 22. November. Wie die „Memeler Allgemeine Zeitung" meldet, wüthet seit heute Morgen in der hiesigen Zitadelle ein großer Brand, welcher Petroleum-, Benzin-, Aether- und Schmalzvorräthe vernichtete. Die Flammen haben den Wall durchbrochen und ein Schiff in Brand gesetzt.

Graz, 22. November. Das Pulvermagazin des Bürgermeisters zu Friedberg ist in die Luft geflogen. Angeblich sollen Zigeuner bei einem versuchten Einbruch die Explosion verursacht haben. Ob Verluste an Menschenleben zu beklagen sind, ist noch nicht festgestellt.

Ueber das Erdbeben in Italien wird aus Rom gemeldet: In Messina ist in den letzten 24 Stunden kein neuer Erdstoß verspürt worden. Die Bevölkerung hat sich beruhigt, zahlreiche Magazine sind wieder geöffnet. In Reggio (Calabrien) ist gleichfalls keine weitere Erderschütterung vorgekommen. Viele Gebäude, darunter die Präfektur, das Gerichtsgebäude und die Gefängnisse sind daselbst stark beschädigt. Die Gerichtsbehörde funktionirt in der offenen Turnschule. Die Sträflinge wurden auf die Kriegsschiffe gebracht. Aus den benachbarten Gemeinden laufen trostlose Nachrichten ein. In Cannitello sind durch Beschädigung zahlreicher industrieller Etablissements viele Arbeiter ohne Arbeit. Die dortige Bevölkerung verbrachte die letzte Nacht im Freien. In Palmi sind außer den bereits gemeldeten 6 Todten mehr als 300 Personen verletzt worden. 15 Häuser sind eingestürzt, drei andere drohen einzustürzen; sämmtliche Wohnungen sind unbewohnbar geworden. Der Schaden, ohne denjenigen an dem Inventar in den Häusern, wird auf zwei Millionen geschätzt. In Sanprocopio wurden 48 Leichen aus den Trümmern der Kirche und 150 aus den Trümmern der Häuser hervorgezogen. Sehr viele Personen erlitten Verletzungen. Auch die Ortschaften Barillieri und Santana haben stark gelitten. Aus Stromboli wird eine Eruption des Vulkans gemeldet.

Anton Rubinstein. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Petersburg: Anton Rubinstein hatte vor einigen Tagen eine Kantate zur Einweihung des neuen Konservatoriums vollendet; eine Trilogie „Kain und Abel" ist unvollendet geblieben. Das Arbeitszimmer in seiner Villa in Peterhof ist geschlossen und wird genau in dem jetzigen Zustande belassen werden. Der Maler Ziogliski hat den Verstorbenen im Sarge gezeichnet.

Eingelaufene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsspediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsspediteure pro Quartal 1,20 M. Kreuzband 1,80 M.

Die Nr. 43 vom 22. November hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Proletariat und Mitläufer in der Partei. — Aus Bayern. — Zur Polenfrage. (Schluß.) — Björnson zur Frauenfrage. I. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Literarisches. — Gehälter der Parteibeamten. — Die Versammlung im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Grillenberger und Bebel. — Zum badischen Streit. — Der Streit in Solingen. — Brief aus England. — Frauenfrage. — Agrarisches. — Gewerkschaftliches. — Vermischtes. — Todtenliste.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 8. Heft des 13. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Man nennt das Volk. — Rußland vor einem Regime-Wechsel. Von G. Plechanow. — Das Wachsen der österreichischen Wahlrechtsbewegung und ihre innere Entwickelung seit Taaffe's Sturz. Von Karl Leuthner. — Zwei Briefe von Dr. Rodbertus. Von Dr. Rudolph Meyer. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Sibirische Etappeneindrücke. Ein Beitrag zu dem Denkmal Alexander III. und seines Regierungssystems. Von G. Grifko.

Christique de Combat; Georges Renard. Paris. E. Dentu, Editeur.

Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich. 4. Buch, Familienrecht. Berlin. Verlag von Guttentag.

Die Goldklausel im Hypothekenverkehr. Max Reinhold. Berlin, Verlag von S. Apolant.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Ein Genosse aus der Gasglühlicht-Gesellschaft. Anonyme Mittheilungen finden keine Aufnahme.

Lithographen. Auf die Veröffentlichung Ihres Berichts vom 15. Oktober, den Sie uns erst jetzt einsenden, werden Sie wohl verzichten.

L. 3, 300, A. O. 90. Nein.

B. A. Ja.

C. S. 100. 1 und 2. Nein.

K. W. N. Sch. Gerichtlicher Vertrag ist erforderlich. Der Kostenpunkt richtet sich nach der Höhe des Objekts. Begeben Sie sich mit Ihrer Frau auf das Gericht, Neue Friedrichstr. 12/13, Abtheilung für freiwillige Gerichtsbarkeit.

K. F. Ohne Rücksprache nicht zu beantworten.

C. B., Bergmannstr. 12, G. 100, P. L. 100, P. G., Hasenhaide. Die Verfolgung von Uebertretungen verjährt in drei Monaten.

P. H. 12. 1. Ihre großjährige Stieftochter, der allein ein Recht aus dem Urtheil zusteht, mag den Antrag stellen. 2. Wenden Sie sich an die Polizeibehörde.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein:

Verein Deutscher Männersang, von einer Verloosung 9,60. Ueberschuß der Versammlung vom 19. November im Kurhaus Friedenau 17,—. Von einer Kindtaufe Niederwallstr. 1,—. Lesekluß Schiller 3,—. Durch Beich, Uhrauktion bei Herzog, Reinickendorferstraße 53 2,30. Beim Abendtisch bei Buchwald gesammelt 1,45. Gesammelt im Musikverein „Vorwärts" bei Laskowski 2,30. Ges. beim Abendtisch bei Daase, Havelbergerstr. 32, Moabit 2,60. Musikinstrumenten-Arbeiter durch Orth 50,—. Tischlerei Barth, Fruchtstraße Nr. 8 10,—. Von den Rohrern durch W. Wernau 4,50. Vom Sozialdemokratischen Verein Stralau-Rummelsburg, Vortrag des Genossen Wagner 4,—. Werkstatt von Goltz, Skalitzerstraße 24a 1,—. Von Ordnern der „Freien Volksbühne" beim Kegeln 1,60. Von den Arbeitern bei Priestap, Behrenstr. 11 15,—. Von den Pflanzern im Märk. Hof 3,—. Von einer roth. Geburtstagsfeier, Ruppinerstraße, durch Wagner 2,20. Spandauer grüne Jungen, 3. Rate, 21,—. Amerikanische Auktion bei einer Gesellenfeier d. Arbeiter der Berliner Werkzeug-Maschinenfabrik gesammelt bei Neumann 7,—. Beim Geburtstage Karl Zimmermanns, Straußbergerstraße, durch Gesangverein „Deutsche Eiche" I, u. Gäste 10,80. Rothe Handlungsgehilfen, Café Schiller, Schlesischestraße 4,30. Gesangverein „Schneeglöckchen", Rixdorf, bei der Polonaise am 11. November 9,—. Herrenparthie der Buchdruckerei Bernstein amerikanische Auktion 12,—. Zwei Schuhmacher aus der Mohrenstraße 2,—. Die lustigen Zecher vom Bußtage in Friedrichshagen bei Kautzsch 2,—. Eine Bierreise nach dem Münchener Brauhaus, Oranienburg 7,—. Daselbst Auktion einer leeren Zigarrenkiste durch Koch 4,—. Geselliger Verein „Muntere Geister", Brunnenstr. 52, 5,—. Ludwigshafen a/R. durch Sauer 15,17. Bierprozente von Arbeitern der Löwe'schen Fabrik, Martinickenfelde 5. Rate 23,—. Sozialdemokratischer Verein für Hagen und Umgegend 50,—. Deutscher Arbeiterverein in Bern i. d. Schweiz 19,15. Freiburg im Breisgau auf Listen gesammelt 1. Rate, darunter 4 lustige Brüder beim Pfungstädter, 29,95. Schwerin durch F. Koß 53,85. Milwaukee, Wis. Dr. P. Fischer 13,80. Gesangverein Freya I., gemischter Chor als Ueberschuß einer amerikanischen Auktion bei der geselligen Unterhaltung am 18. Nov. bei Wernau 20,62. L. M. 1,—. Von der Werkstatt Jungnickel, Langestr. 109 1,75. Gesammelt von den Klempnern Lichtenbergerstr. b. Borchardt 2,50.

Summa 445,44 M. Bereits quittirt 17 326,85 M.; in Summa 17 772,29 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 23. November.

Opernhaus. Die Walküre.
Schauspielhaus. Hermannsschlacht.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Emilia Galotti.
Lessing-Theater. Zwei Wappen.
Schiller Theater. Talmi.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Jabuka. (Das Apfelfest).
Residenz-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Vielliebchen.
Neues Theater. Das neue Stück.
Theater Unter den Linden. Sataniel. Meißener Porzellan.
Bellealliance-Theater. Kyritz-Pyritz
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die ewige Braut.
Alexanderplatz-Theater. Kulike in China. — Die Chansonnette.
National-Theater. Der Tod als Pathe.
Reichshallentheater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Freitag, den 23. November, Abends 8 Uhr: **Talmi.**
Sonnabend, den 24. November, Nachmittags 3 Uhr: **Schüler-Vorstellung. Die Karlsschüler.** Abends 8 Uhr: **Talmi.**
Sonntag, den 25. November, Abends 8 Uhr: **Die Karlsschüler.**

Adolph Ernst-Theater
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. **Brandon Thomas.**
Vorher:
Die ewige Braut.
Liederspiel mit Tanz in 1 Akt von **W. Mannstädt** und **J. Kren.**
In Scene gesetzt von **Ad. Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
Der Tod als Pathe.
Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von **Ernst Bluhme** mit theilweiser Benutzung einer Idee von **August Blanche.** Dekorationen von **Müller** und **Schäfer.** Beleuchtungseffekte vom Ober-Beleuchter **Collander.** Maschinerien vom Theatermeister **Weisse.** Lichtbilder von **Ludwig Richter.** Tanz- und Flugevolutionen vom Balletmeister **G. Zinner** arrangirt. Die lebenden Land- und Wasserthiere aus dem Aquarien-Institut von **Otto Prousse,** Alexanderstr. 28. Garderoben und Requisiten vom Ober-Garderobier **Paul Hildebrandt.**
Musik von **Adolph Wiedecke.**
Regie: **Max Samst.**
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus Renz
Carlstrasse.
Freitag, den 23. November 1894, Abends 7½ Uhr:
Tjo Ni En.
Sensationelle Tänze, u. a. les grelots vivants, jeu des barbichons 2c.
Außerdem: 4 arab. Schimmelhengste, als Fahnenpferde vorgeführt vom Dir. **Fr. Renz. Kandelabor,** geritten von Herrn **Ernst Renz. Mikado** und das Springpferd **Blitz,** geritten von Frau **Renz-Stark.** Der kaukasische Jockey **Wassiliams.** Der sensationelle Handequilibrist **Mr. Jules Keller. Gebr. Villand** 2c.
Sonnabend: **Tjo Ni En.**
Sonntag: **Nur Vorstellung Abends 7½ Uhr. Tjo Ni En.**
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Neue freie Volksbühne
im Central-Theater, Alte Jakobstr. 30.
Sonntag, 25. Nov., I. Abth. } 2½ Uhr.
„ 2. Dez., II. „ }
Die Raben.
Von Henri Becque. Regie Emil Lessing.

Central-Theater
Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Anna Bäckers. Josefine Dora.
Zum 85. Male:
O! diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: **O! diese Berliner.**

Alcazar
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt!
Neu! Sensationell! Neu!
Unsere Garde.
Große Posse mit Gesang u. Tanz und militärischen Aufführungen in 1 Akt von Beckers.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Anfang:
Wochent. 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree:
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.
R. Winkler.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
Die Hexenschaukel, neueste Illusion.

„Sanssouci"
Kottbuserstraße 4a.
Jeden
Sonntag und Donnerstag:
Stettiner Sänger

(Meysel, Häckel, Pitro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Blank).
Zum Schluß:
Bubenstreiche.
Urkomisches Ensemble.
Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. — Entree 50 Pfg.
Billets à 40 Pfg. (nur für die Wochentage giltig) sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von Keßler, Kottbuserplatz, zu haben.
Stets wechselndes, amüsantes Programm.

Circus G. Schumann.
Friedrich Karl-Ufer.
Americain Prairie Life Show Cowboys
50 Pers. **Texas Jack** 50 Pers.
Sioux-Indianer.
Eröffnungs-Vorstellung:
Sonnabend, 24. November, Abends 7½ Uhr.

Elegante Blousen und Hauskleider werden angefertigt zu soliden Preisen. Geschw. **Berg,** Waldemarstr. 35, Hof 1 Treppe. 1147b

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5–10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. 966L*
Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panopticum.
Hassan Ali
der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Riesen-Cacteen
in noch nie gesehener Größe.

Unserm Freunde und Genossen, dem Schankwirth **Karl Nietz,** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die Schmalzbacken die Polka tanzen. 1145b
Die Kadetten aus der Beusselstrasse.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des
Sozialdemokr. Wahlvereins f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis
zur Nachricht, daß unser Mitglied, Genosse
Reinhold Bernicke,
Schankwirth,
heute Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Prinzen-Allee Nr. 64, nach dem Kirchhofe in Plötzensee beerdigt wird.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht
280/2 **Der Vorstand.**

Statt besonderer Meldung!
Verwandten, Freunden und Genossen hiermit die traurige Nachricht, daß mein Vater, der Schankwirth
Reinhold Bernicke
Prinzen-Allee 64, am Dienstag, Nachts 3 Uhr, plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. M., Nachmittag um 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.
1154b **Paul Bernicke.**

Dienstag, den 20. d. M., verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe gute Frau 1150b
Johanna Lindemann
im Alter von 59 Jahren 6 Monaten.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. M., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Köpnickerstr. 81, statt.
Um stilles Beileid bittet
Der trauernde Gatte.

Danksagung!
Für die zahlreiche Betheiligung und Blumenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Sohnes, des Kürschners **Otto Erdmann,** sagen allen Freunden und Verwandten, sowie den Genossen des sechsten Wahlkreises, den Sängern und der Vereinigung selbst. Kürschner und Mützenmacher unseren innigsten Dank. 1157b
Wwe. Erdmann u. Mutter.

Meinen tiefgefühlten Dank sage ich allen Freunden und Bekannten für die liebevolle Theilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes **Karl Welsch** und bitte herzlich um ferneres Wohlwollen und Vertrauen. 1149b
Die tiefbetrübte Wittwe **Emma Welsch.**

Für die mir erwiesene herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes sage ich allen Freunden und Kollegen meinen tiefgefühlten Dank. 1144b
Wittwe Päper.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg.
71L* **H. F. Dinslage,**
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Verein zur Wahrung geistiger und materieller Interessen aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
Berlins und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 24. d. M., bei Kelle, Schönhauser Allee 28.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Was lehrt uns die Geschichte. Referent Genosse **Dr. Pinn,** 2. Diskussion. 3. Kassenbericht, Bericht der Revisoren. 4. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. 151/3
Gäste willkommen. **Der Vorstand.**
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonntag, den 25. November 1894, Vormittags 10 Uhr, in Schneider's Salon, Belforterstr. 15:
Oeffentl. Versammlung für den Norden.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Der gegenwärtige Stand des Lohnkampfes. 3. Verschiedenes. 198/9
Die Kollegen von **Bechstein,** Johannisstraße, **Knöchel, Rösener, Kriebel, Oskar Köhler, Hanne, Meyer, Donadoni & Pohl** sind hiermit besonders eingeladen.
Es ist Pflicht sämmtlicher Kollegen, welche im Norden arbeiten, am Platze zu sein. **Die Lohnkommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Bezirks-Versammlung:
Norden. **Montag, den 26. November, Abends 8 Uhr, bei Kelle,** Schönhauser Allee 28.
Tagesordnung: 1. Die beabsichtigte Gründung der Innungs-Krankenkasse der Tischler und welche Stellung haben wir hierzu einzunehmen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Auch die Kollegen vom Wedding und Gesundbrunnen werden ersucht zu erscheinen.

Moabit. **Montag, den 26. November, Abends 8 Uhr, bei Lange,** Stromstraße 28:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes, event. Vorschlag zu einem Beisitzer.

Sonntag, 25. Nov., Vorm. 9½ Uhr, bei **Schöning,** Stallschreiberstr. 29:
Zusammenkunft der Parquetbodenleger.
Um zahlreichen Besuch ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Die Sitzungen betr. Statutenberathung finden vom Freitag, den 23. d. M. ab, alle 14 Tage bei Schöning, Stallschreiberstr. 29, statt.

Maler und Berufsgenossen.
Montag, 26. November, Abends 8 Uhr, im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag über: Trust's und Kartelle und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften. Referent: Reichstags-Abgeordneter **M. Schippel.**
Alles Nähere am Sonntag, den 25. d. Mts. durch Säulenanschlag.
188/13 **Der Vertrauensmann.**

Freie Vereinigung der Bau-Anschläger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 25. November, Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Neue Friedrichstraße 44:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes und Fragekasten. 84/10 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler.
Sonnabend, den 24. November, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstraße 83:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion und Urabstimmung über die Statutenänderung betr. die Sterbeunterstützung. 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Zeugen!
welche sich des Vorganges in der Werkstätte des Tischlermeisters Hennicke, Wasserthorstr. 27, am Montag, den 15. Oktober, erinnern, werden dringend gebeten, ihre Adresse abzugeben bei Tischler **Fritz Masch,** Admiralstr. 18a, 1. Quergeb. 2 Tr. rechts.

Dirigent
für älteren Gesangverein (Mitgl. des Arb.-Sängerb.) sof. verlangt. Außer Montag und Sonnabend Meldungen bis Sonntag zu richten an **C. Foge,** Restaurant, Köpnickerstr. 191. 1155b

Charlottenburg!
Ein gangbares, durchaus reelles **Schankgeschäft** mit voller Konzession, 4 Fabriken in der Nähe und Baugegend, ist für 4000 M. inklusive Waarenbestand, krankheitshalber des Mannes, sofort zu übernehmen. Zu erfragen bei **G. Beyer**
Wallstr. 96, v. 3 Tr.

Gesangs-Dirigent
vieljährig thätig und von gründlicher Sachkenntniß, wünscht für **Sonnabends** einen Männer- oder gem. Chor zu übern. Zu erfragen Neue Königstr. 26, 3 Tr. l. 1152b

Verantwortlicher Redakteur: J. Dietz (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 273. Freitag, den 23. November 1894. 11. Jahrg.

Am Grabe Alexander III.*)

Gäbe es schwarzes Licht, an seiner Bahre sollte man es anzünden; gäbe es schwarze Rosen und Palmen, einen Kranz für sein Grab sollte man aus ihnen winden: — dieweil es ihrer ermangelt, sollte wenigstens das dankbare Volk seine Leiche in ein schwarzes Bahrtuch hüllen, sie unter ein schwarzmarmorenes Grabmal zur Ruhe legen und mit Wasser aus dem Schwarzen Meere bespritzen. Denn eine schwere Dämmerwolke ist er gewesen, eine in Menschengestalt verkörperte dunkle Winternacht. Dreizehn Jahre lang auf dem himmelragenden Gipfel der Macht stehend, warf er um sich einen Riesenschatten, womit er ganz Rußland und die mit demselben gewaltsam verbundenen Länder bedeckte. Ueber diese Gefilde breitete er eine undurchdringliche, furchtbare Finsterniß, welche Schlangen und Raubthieren, Mördern und Dieben Muth und Sicherheit verlieh. Alle bösen Instinkte der Menschennatur, alle, in der Kultur aussterbenden, Arten der Barbarei schlichen während dieser dreizehnjährigen Nacht aus ihren Höhlen, krochen aus ihren verborgensten Winkeln heraus und begannen ein blutiges Fest und einen Höllenreigen. Im Anfange seiner Regierung erklang immer leiser die Stimme der Verzweiflung in Worten des Patrioten: „wehe den Völkern, deren Trost in dem Spruche liegt: hast du eine Knute, dann hab' ich einen Rücken!“ Jedoch bald darauf trat eine Todesstille ein, nur noch von Verschwörergemurmel und Bombenexplosionen, von Siegesrufen der Sbirren und Donnerschlägen der in Zorn und Rache gezeugten Gesetze, unterbrochen. Als er den Thron bestieg, gelobte er Rußland, was Rußlands ist, zu geben — aber er gab ihm alles, wonach es seine Henker- oder Räuberhand, ohne Gefahr auf irgend welchen kräftigen Widerstand zu stoßen, ausstrecken konnte. Die Saat seines Vaters gleichzeitig vernichtend, durchmaß er, dem Elephanten auf einem Reisfelde vergleichbar, mit seiner Heerde die Fluren, und was er sammt ihr nicht verzehrte, das zerschlug, zerstampfte und grub er ein mit seinen Riesentatzen. Die Republik, — sagt Montesquieu — bedarf der Tugend, die Monarchie — des Ehrgefühls, die despotische Herrschaft — der Furcht. Die Tugend wäre hier unnöthig, die Ehre — von Uebel. Den Beweis hierfür erbrachte Alexander III. Regierung. In der Politik erhöht sich bis heutzutage das alte Wort von den Orgien der Selbstherrschaft, im Sinne der Despotie des russischen Monarchen. Dies Wort ward heute zu einer weit schlimmeren Wirklichkeit. Wiederholte Nicolaus I. ironisch, daß Rußland von Bezirkspolizisten regiert werde, dann ist es wohl leicht begreiflich, wie sich diese Despotie unter dem verschlafenen, schwerfälligen, beschränkten Alexander III. vermehrte und verzweigte, unter ihm, dessen Hirn zu bersten und dessen Schädel zu krachen drohte, so oft sich dort eine über das Wohl seiner Familie und der Orthodoxie hinausgehende Idee einzuzwängen versuchte, unter ihm, der nur von Zeit zu Zeit aus seinem Hinbrüten erwachte, um durch plötzliches Brüllen das Gethier an seine Löwenmacht zu mahnen und dann in seinem unnahbaren Lager wieder einnickte, dem Raubgesindel alles zu würgen und zu vernichten erlaubend, was lebte und was sich zu wehren nicht vermochte. George Sand behauptet, ein absoluter Monarch müsse um sich stets einen Menschen haben, der die größten Scheußlichkeiten zu begehen fähig wäre. Es besaß ihn Alexander III. in der Person Pobedonoszew's, des gebenedeiten Schutzheiligen der Unterdrückung und der Gewalt. Da aber kein Mensch im Stande wäre, auf seine einzelne Seele solche Bürde von Grausamkeiten zu laden, welche dem Schooße der zügellosen Tyrannei entspringen, so muß denn nothwendigerweise diese Last auf eine Menge harter Gewissen vertheilt werden. Als Alexander II. starb, schien es, als ob das Geschlecht der Milutine, der Abaras, der Melikows das Uebergewicht der Bevölkerung Rußlands bilde und als ob die aussterbende Art Pobiedonoszew in den Zustand der fossilen Fauna übergehen werde —: Da nun Alexander III., wie vom Urtheile einer rächenden Nemesis getroffen, fällt, scheint es, als ob jenes Geschlecht verschwunden und diese scheußliche Art zu einem ganzen Volke geworden wäre.

So furchtbar war das Böse, so rasch stieg die Pest aus einem Haufen morscher Herzen und Gemüther auf, daß, als heute die heulende Schaar am Grabe ihres Herrn erschien, wir Millionen erblickten. Es sind dies allesammt kleinere und größere Despoten, denen der Tod des Obersten kleinere und größere Szepter aus den Händen entwand. Was fürchten sie und weshalb weinen sie? Sie beweinen denjenigen, der ihnen Rußland in ein Reich vollkommener Willkür zu verwandeln erlaubt hatte, und fürchten diesen, der sie in irgend welche Rechtsordnung zwingen könnte. Für diese Räuber und Würger giebt es keine schrecklichere Drohung als den Gedanken, daß ihr Volk in solche geordnete Lebensbedingungen eintreten könne, ohne welche andere Kulturvölker nicht mehr zu leben vermöchten, daß die neue Aera vielleicht irgend welche, wenn auch geringe, Bürgschaften der Sicherheit gegen ihre Despotie schafft, deren Schutz die Märtyrer, für die heute von nirgends ein Rettungsstrahl schimmert, suchen und finden werden.

Allen voran lag selbstverständlich auf der Folter dieser Willkür unser Volk. Jene Folter wurde eigentlich von Alexander II. geschaffen, jedoch Alexander III. war es, der uns daranspannte und der Marter überlieferte. Eher würden Fische begreifen, daß sie in Gestalt von Vögeln werden leben können, als irgend ein zivilisirtes Volk zu glauben vermöchte, daß eine Gesellschaft mit alter und hoher Kultur eine so vieljährige, schadenfrohe Peinigung seitens einer wilden Tyrannei zu überstehen im Stande sei. Denn man nahm uns alle Rechte, die dem Staatsegoismus oder der Despotie seiner Beamtenschaar hinderlich waren; man beraubte uns der Arbeit, deren Brot noch von keinem russischen Hunde verachtet worden ist; man vertrieb unsere Sprache aus allen öffentlichen Institutionen; man bemühte sich unserer Jugend das Gift des Hasses gegen die nationalen Ideale und Reliquien einzuimpfen; unsere heiligsten Gefühle und Symbole gab man der straflosen Willkür der Beamtenheerde preis; man versuchte uns nicht nur zu Bettlern, sondern auchz u entehrten Sklaven zu machen. Auf alles Polnische schleuderte man vom Throne Bannflüche, von unter ihm — Koth. Als wir, gefesselt, gepeitscht, erniedrigt, die Energie verloren, begann man uns zu martern wegen der schmerzvollen Seufzer und nicht unterdrückten Angstschreie, wegen der Lebensreste, jener kleinen Lebensfunken, die nicht erlöschen wollten, weil sie es nicht konnten. Als es in den letzten Jahren an äußeren Anzeichen unserer Nationalität ermangelte, durchspähte man unsere Seelen, in ihren tiefsten Winkeln den leisesten Hoffnungsschimmer suchend, den man ersticken könnte. Die Welt, der wir dieses unser Märtyrerthum klagten, glaubte und glaubt auch bis heute nicht der Wahrheit unserer Klage, so furchtbar ist das Unheil. Alle diese Thaten und Gewaltakte besiegelte mit seinem Namen „der großherzige und edle Monarch“, wie ihn in den ihm gewidmeten lobpreisenden Nachrufen die Lügner und Knechte nennen, der „König von Polen“, wie er sich selbst nannte, Alexander III. Und was können nun wir Polen, seine Unterthanen, nach dieser dreizehnjährigen Qual an sein Grab bringen? — unser Elend und unseren Schmerz! Möge er sie von uns empfangen und mögen sie das ewige Andenken seines büßenden Geistes bilden.

*) Dieser psalmodische Nekrolog, den wir hier in deutscher Uebersetzung bringen, wurde als „Brief aus dem Königreich Polen“ in der „Nowa Reforma“ gedruckt und rief einen allgemeinen Enthusiasmus hervor.

Ohne die Marter zu unterbrechen, verkündigte man uns, daß Gott Alexander III. vom Throne gestürzt und seinen Sohn darauf gesetzt hat. Dieser ließ tags darauf auf der alten Fahne ein neues Manifest erscheinen, das nur die Namen, jedoch nicht die Gelübde der Zaren in geänderter Form brachte. So fanden wir denn nicht ein einziges Wort der Hoffnung auf dieser Standarte, aus der einzig und allein nur eine „russische Seele“ spricht. Wird uns der neue Monarch zu weiterem Märtyrerthum verurtheilen, oder wird er uns, wenn auch nur ein wenig, aufathmen lassen — nichts und niemand beantwortet uns diese Frage . . . .

Man befahl den Sklaven den Eid zu leisten und — sie leisteten ihn. Jedoch kein Czinownik vernahm diesen unseren Eid, denn während der Mund stumm blieb, gelobten die Herzen laut: „wir schwören Dir, Kaiser Rußlands, der Du Dich König von Polen nennest, bis zum letzten Athemzug Polen zu bleiben, treu die Ideale unserer Nation zu bewahren, unsere Sprache und Vergangenheit zu lieben, uns von nichts loszusprechen, was unser Wesen bildet und uns theuer ist, aus allen Kräften darauf hin zu arbeiten, damit — wie der Dichter sagt — Polen nicht sterbe, nicht verkühle und, gleich der Magnetnadel gen Norden gewendet, nicht in das frostige Sibirien blicken müsse —, damit es Deine spätesten Nachkommen als lebendes und gesundes Polen kennen lernen. All' dies beschwören wir feierlich vor Gott, vor der Welt und vor Dir, allerdurchlauchtigster Herr!

Wird Nikolaus II sein Ohr den Einflüsterungen seiner Höflinge nicht zuneigen —, die — mit Chateaubriand zu reden — Hungers sterben, falls sie genöthigt sind, sich von Wahrheit zu nähren, wird er der Warnung Mirabeau's: „Das Schweigen der Völker sei die Lehre für Könige“ — gedenken, dann wird er in unserem Schweigen den Beweis finden, daß wir ihm, wie auch uns gegenüber, unseren Eid einhalten.

Gerichts-Zeitung.

Die berüchtigte Knochenmühle in der Greifswalderstraße, welche ihre Umgebung mit sehr wenig beliebten Gerüchen versieht, war der Gegenstand einer Klage ihrer Besitzerin gegen das Polizeipräsidium, die den Bezirksausschuß in seiner letzten Sitzung beschäftigte. Im vorigen Jahre entdeckten Polizeibeamte gelegentlich einer Revision, daß in der Kocherei statt des einen konzessionirten vier Kessel vorhanden waren. Frau Schönberg, die Besitzerin, machte der Polizei klar, daß gerade die größere Zahl der Kessel ermögliche, die Verbrennung der Knochen gleich nach ihrem Eintreffen vorzunehmen, daß aber das Vorhandensein nur eines Kessels eine mehrtägige Lagerung des Materials nothwendig mache. Diese Gründe fand das Polizeipräsidium gar nicht übel und befürwortete ein von Frau Schönberg auf Veranlassung der Behörde beim Stadtausschuß eingereichtes Gesuch um nachträgliche Konzessionirung der drei nichtkonzessionirten Kessel. Da jedoch hiergegen verschiedene Eigenthümer von der Knochenkocherei benachbarten Grundstücken Einspruch erhoben, suchte der Magistratskommissar Frau Schönberg zu bestimmen, ihren Betrieb gegen eine Entschädigung zu verlegen; die Entschädigung sollten die Interessenten aufbringen. Frau Schönberg verlangte jedoch nicht mehr und nicht weniger als eine halbe Million Mark als Abstand, weshalb die angebahnten Verhandlungen scheiterten. Der Stadtausschuß lehnte es am 25. Januar ab, die gewünschte Konzession zu ertheilen. Der dann beim Minister für Handel und Gewerbe eingelegte Rekurs wurde am 28. April zurückgewiesen und Frau Schönberg nunmehr aufgefordert, die Kocherei auf einen Kessel zu beschränken. Die kampfeslustige Knochenkocherin gab sich aber noch nicht zufrieden, sie ließ durch den Rechtsanwalt Steinschneider beim Bezirks-Ausschuß auf Aufhebung der polizeilichen Verfügung klagen. Steinschneider machte in der Klageschrift geltend, es sei dem Vater der Klägerin, dem Produktenhändler Meyer, 1861 die Erlaubniß ertheilt worden, auf seinem „Grundstück vor dem Königsthor“ eine Knochenkocherei zu errichten, ohne daß die zulässige Anzahl der Kessel in der bezüglichen Urkunde vermerkt sei. — Weil auf der Konzessionszeichnung nur ein Kessel vorhanden ist, wurde Frau Schönberg mit ihrer Klage abgewiesen. — Mit Rücksicht auf die Höhe der von ihr gelegentlich der Ausgleichsversuche des Magistratskommissars verlangten Abfindungssumme, setzte der Bezirksausschuß das Klage-Objekt auf 20 000 M. fest.

Die „Kladderadatsch“-Affäre vor Gericht. Vom 20. November wird weiter berichtet: Frhr. von Marschall als Zeuge vernommen, erklärt, daß er den Kundgebungen des „Kladderadatsch“ vollständig fernstehe; die Behauptungen desselben seien erfunden. Er habe als Vorsteher des Auswärtigen Amts reiflich erwogen, ob gegen den „Kladderadatsch“ gerichtlich vorzugehen sei; er habe aber davon Abstand genommen, da alsdann die angeklagten Redakteure des „Kladderadatsch“ berechtigt gewesen wären, über die Gründe der Besetzung hoher diplomatischer Stellen eine Erörterung herbeizuführen. Das Reichsinteresse verbiete eine solche Erörterung selbst in geschlossener Gerichtssitzung. Auf seine (des Zeugen) Veranlassung habe Wirklicher Legationsrath Dr. Hammann den Redakteur Dr. Trojan ersucht, nicht schutzlose Beamte, sondern ihn (v. Marschall) anzugreifen und außerdem die Erklärung abzugeben, daß alle Behauptungen vollständig unwahr seien. Einen ähnlichen Auftrag habe der Reichskanzler Graf v. Caprivi dem Kammergerichtsrath Wichert gegeben. Außerdem habe Generalmajor Spitz mit dem Verleger Hofmann gesprochen. Keiner habe aber den Auftrag gehabt, ein Schweigen des „Kladderadatsch“ zu veranlassen oder gar zu erklären, daß ungehörige Dinge im Auswärtigen Amte vorgekommen seien. Der Angeklagte Nestler habe dem Kaiser, dem Reichskanzler und ihm vor einigen Tagen Eingaben gesandt, seinen Irrthum eingestanden und um Zurücknahme des Strafantrags ersucht, dabei aber hinzugefügt, daß im Auswärtigen Amt eine öffentliche Gerichtsverhandlung unangenehm sein müßte. Schon dies habe ihn veranlaßt, den Strafantrag nicht zurückzunehmen, denn es liege im Interesse des Auswärtigen Amtes, daß er Gelegenheit habe, sich in öffentlicher Gerichtssitzung auszusprechen. Die Verlesung der kommissarischen Aussagen des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi, Generalmajors Spitz, Kammergerichtsrath Wichert und des Verlegers Hoffmann bestätigten im großen und ganzen die Bekundungen des Freiherrn von Marschall. Redakteur Polstorff dagegen hat nur verneint, daß Frhr. v. Marschall der Urheber der Kladderadatsch-Angriffe war. Die Beantwortung der Frage, ob dies ein Beamter sei, der dem Reichskanzler unterstehe, lehnte er ab. Er behauptete, daß Generalmajor Spitz im Auftrage des Auswärtigen Amtes ersucht habe, die Angriffe einzustellen und erklärt habe, es seien Ungehörigkeiten vorgekommen, man könne aber nichts dagegen unternehmen; ferner, von einem gerichtlichen Einschreiten gegen den „Kladderadatsch“ könne keine Rede sein. Frhr. v. Marschall erklärt diese Bekundungen für vollkommen unwahr.

Gegen 1 Uhr wird die Sitzung auf 4 Uhr vertagt.

In der Nachmittags-Sitzung stellte Dr. Kleser den Antrag, Polstorff und Generalmajor Spitz persönlich zu laden. Der Gerichtshof lehnte jedoch diesen Antrag ab, weil den Angeklagten geglaubt werden könne, daß sie der Meinung waren, der Gewährsmann Polstorff's sei ein hochgestellter Beamter. Der Staatsanwalt beantragte alsdann in längerem Plaidoyer gegen Zimmermann 1 Monat, gegen Dr. Kleser 5 und gegen Nestler 8 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof verurtheilte, wie wir in voriger Nummer bereits mitgetheilt haben, Dr. Kleser und Nestler zu je 2 Monaten Gefängniß und Zimmermann zu 150 Mark Geldstrafe.

Versammlungen.

Eine Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes deutscher Maurer tagte am 18. November cr. Auf der Tagesordnung stand ein Referat Dr. Arons über den Normalarbeitstag. Die Ausführungen des Referenten wurden in der Versammlung allseitig zustimmend aufgenommen. Die weiteren Gegenstände der Verhandlung betrafen interne Vereinsangelegenheiten.

Die Arbeiter der Firma Ludwig Löwe u. Ko. waren von dem Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, Otto Räther, am 21. d. M. zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen worden, die unter äußerst zahlreicher Betheiligung im Reichert'schen Saale stattfand. Zur Tagesordnung stand: „Die Stellung der Arbeiter der Firma Ludwig Löwe u. Ko. zu den Lohnreduktionen und die Sammlungen zum 25jährigen Fabrikjubiläum“, worüber Räther referirte. Der Meister Hr. Auerbach war zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen jedoch nicht erschienen. Der Referent entwarf zunächst ein — allerdings sehr unerfreuliches — Bild von den auf grund des vorhergegangenen Versammlungsbeschlusses gemachten Erhebungen. Als besonders unerfreulich bezeichnete Redner die Thatsache, daß in der elektrotechnischen Werkstätte des Herrn Auerbach sich ein „Auch-Kollege“ gefunden habe, welcher seine Neigung zum Denunziantenthum dadurch dokumentirt habe, daß er Herrn Auerbach eine ganze Reihe von Kollegen denunzirte, die in der vorherigen Versammlung anwesend waren. Herr Auerbach habe „andere Maßnahmen“ diesen Arbeitern gegenüber im Wiederholungsfalle in Aussicht gestellt. Dasselbe Schauspiel habe er (Redner) selber erfahren müssen. Als er Erhebungen anstellte über die Verhältnisse in der Fabrik, hätten am nächsten Tage bereits Direktion und Meister Alles gewußt, was verhandelt worden wäre. Derartige Vorkommnisse seien tief bedauerlich. Auf die bereits in der vorigen Versammlung gekennzeichneten und illustrirten Lohnreduktionen ging der Referent in sehr eingehender Weise ein und veranschaulichte, in welcher rapiden und raffinirten Weise die Löhne seitens der Direktion reduzirt werden. Nicht genug hieran, habe die Firma noch etwas ausgeklügelt, worauf sie eigentlich ein Patent verdiente. Die Stücklöhne sind nämlich pro Hundert berechnet. Die Arbeiter müssen aber nicht 100 Stück machen, sondern 105 Stück, weil die Firma sagt: die Arbeiter machen Ausschuß und dieser müsse mit berechnet werden. Nur in zwei Sälen seien die Lohnabzüge etwas gemildert worden, doch werden diese Vergünstigungen illusorisch gemacht durch verlängerte Arbeitszeit. Dies sei überhaupt der allgemeine Krebsschaden. Daß trotz der geradezu enormen Lohnabzüge immer noch „Geld verdient“ werde, liege daran, daß die Arbeiter durch größeres Schuften den Lohnausfall zu decken suchen. Dies sei der reine Wahnsinn, verkürze die Arbeitslöhne und vergrößere die industrielle Reservearmee immer mehr. Die weiteren Maßnahmen betreffend, legte Redner klar, daß augenblicklich unter den obwaltenden Verhältnissen, angesichts der bevorstehenden Arbeiterentlassungen in den Spandauer Staats-Werkstätten von einer allgemeinen Aktion nicht die Rede sein könne. Vorläufig müsse man sich darauf beschränken, die Arbeiter der Firma Ludwig Löwe u. Ko. noch mehr als bisher aufzurütteln, sie zur Organisation zu veranlassen und den unter ihnen herrschenden Indifferentismus zu bekämpfen.

Des Weiteren kritisirte Redner in gebührender Weise die unter dem Drucke der Verhältnisse stattfindenden Sammlungen für das Fabrikjubiläum und zur Beschaffung einer Bronzebüste von Ludwig Löwe zur Aufstellung im Konferenzsaale in der Hollmannstraße. Meister Auerbach lasse sich aber hieran nicht genügen. Er sei der Meinung, daß auch das Grab des Herrn Löwe geschmückt werden müsse — auf Kosten der Arbeiter, und veranstalte er zu diesem Zwecke Sammlungen. Die Arbeiter hätten keinerlei Interesse an dem Fabrikjubiläum. Für sie seien die verflossenen 25 Jahre nur eine Periode des Elends, der Noth und der Sorge. Die reiche Firma Ludwig Löwe u. Ko. sei wohl in der Lage, die Jubiläumskosten aus ihrer Tasche zu bezahlen. Gegen die Lohnreduktionen, gegen die Sammlungen und gegen die Verkümmerung des Koalitionsrechtes müsse die Versammlung energisch Protest erheben. Redner schloß mit der Mahnung zur unermüdlichen Arbeit, damit endlich ein besserer Geist in die Arbeiter der Firma Ludwig Löwe u. Ko. einziehe. (Großer Beifall.) Um ein kleines Bild von den Abzügen zu ermöglichen, lassen wir hier die Lohnverhältnisse der Schleifer vor und nach dem letzten Abzuge für Lieferungen nach Spanien und Brasilien folgen (pro 105 Stück):

Abzüge, früher 1,75, jetzt 1,50 M. Abzugsbügel früher 6 M., jetzt 4 M. Kammern, früher 7 M., jetzt 5 M. Schlößchen, früher 5,50 M., jetzt 4 M. Schraubbolzenmutter, früher 3 M., jetzt 2,30 M. Hülsen, früher 3,50 M., jetzt 2,50 M. Sicherungen, früher 1,75 M., jetzt 1,30 M. Kappen, früher 4 M., jetzt 3 M. Schloßhalter, früher 3 M., jetzt 2,45 M. Unterringe, früher 2,50 M., jetzt 1,90 M. Oberringe, früher 2,25 M., jetzt 1,70 M. Zubringer, früher 3 M., jetzt 2,30 M. Wenn man bedenkt, daß bei der deutschen Lieferung die Kammern mit 15 M., die Abzugsbügel mit 22 M., die Hülsen mit 8 M., die Schlößchen mit 10 M. 2c. bezahlt worden sind (pro Hundert), kann man die obigen Löhne in ihrer wahren Bedeutung ermessen. Die Firma zahlt 18 pCt. Dividende!

Nach einer Diskussion, in welcher noch mannigfache Mißstände zur Sprache kamen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung protestirt ganz entschieden gegen die jetzigen Sammlungen zum 25jährigen Fabrikjubiläum der Firma Ludwig Löwe u. Ko. Die Versammlung ersieht die Nothwendigkeit, sich der Organisation anzuschließen, um den ferneren Abzügen einen festen Damm entgegenzustellen.“ Zum Schluß wies der Referent noch auf die Nothwendigkeit des öffentlichen Fonds hin und ermahnte, in allen Werkstätten Sammlungen zu veranlassen, nicht aber solchen entgegenzutreten.

Genosse Gruhl, Nowawes, theilt uns berichtigend mit, daß die Mittheilung in unserem Versammlungsbericht in der Freitag-Nummer betreffs seiner Person auf einem Irrthum beruht. Er habe nicht beantragt, von der Diskussion abzusehen, sondern nur von seiner Berichterstattung, da er mit dem Referat des Genossen Kasper einverstanden war.

Weißensee. Am 14. November tagte hier eine öffentliche Volksversammlung, in welcher der Vertrauensmann den Bericht über seine Thätigkeit im verflossenen Jahre unterbreitete. Die Einnahmen betrugen 381 M. 84 Pf., die Ausgaben 292 M. 70 Pf., mithin ist ein Bestand von 89 M. 14 Pf. vorhanden. Hierauf wurden die Genossen Rieß, Konrad, Taubmann und Mahnkopf zu Revisoren und Genosse Haack zum Vertrauensmann gewählt. In die Lokalkommission wählte man die Genossen Wend, Konrad und Lange. Sodann sollte Frau Ihrer die Berichterstattung über den Frankfurter Parteitag übernehmen; die Referentin gelangte mit ihrem Vortrag jedoch nicht zu Ende, da der überwachende Gendarm bereits um 10 Uhr, sonst 11 Uhr, die Versammlung der Polizeistunde wegen auflöste.

Spandau.

Sonntag, den 25. November 1894, Nachm. 4 Uhr, in **Bork's** Lokal, Stakenerstraße 11:

Sozialdemokratische

Partei-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Näther** über: Der Kampf gegen den Umsturz. 2. Bericht vom Parteitag. 3. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl eines Vertrauensmannes. 112/8

Es wird um zahlreichen Besuch gebeten. **Der Vertrauensmann.**

Für bildungsbeflissene junge Männer.

Zu Anfang Dezember d. J. erscheint:

Katechismus

für den Selbstunterricht in der deutschen Literatur.

Das Werkchen enthält in Fragen und Antworten alles Wissenswerthe in der deutschen Literaturgeschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und ist deshalb jedem jungen Mann zur Selbstbildung zu empfehlen. Der Preis dieses nützlichen Buches, welches sich besonders zum Festgeschenk an junge Männer eignet, ist trotz seines reichhaltigen Inhalts nur 50 Pfg. Gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken wird das Buch franko versandt von der Verfasserin Frau **Erna Grauenhorst**, Vorsteherin des Fröbel-Oberlin-Vereins, Wilhelmstraße 10. 170/2

Achtung!

Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 M., **Guckel**, Lausitzer Pl. 2, Elsasserstraße 12.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Platze wie bekannt

grösste Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Sauberstes, durch Maschinen hergestelltes **Roggenbrot** der **Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend E.G.m.b.H. 34. Müllerstr. 34.**

SCHUTZ-MARKE.

Telephon-Anschluss.

500 Zu haben in ca. Niederlagen.

Empfehle

25 Stck. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M. an, eig. Fabrikat, rein amerik. Tabak. Rippen à Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.

C. Wolsdorf,

Wasserthor-Straße Nr. 20.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn l., sollen über 100 Wirthschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelkleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureaus, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneelsophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Coulissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!

Proben franko! 5150L*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Freie Volksbühne.

Seitens des Polizeipräsidiums ist die Veranstaltung von Nachmittags-Vorstellungen am Todtensonntag (25. November) verboten worden. Infolge dessen müssen die für den nächsten Sonntag geplanten Vorstellungen um eine Woche verschoben werden.

Für die **III. Abtheilung und VII. Abtheilung** findet also die nächste Vorstellung am **Sonntag, den 2. Dezember,** statt.

Mitglieder zur VII. Abtheilung werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.

294/4 J. A.: **Julius Türk, O.,** Blumenstraße 21.

Achtung! Achtung!

Verein der Lithographen, Steindrucker

und Berufsgen. Deutschlands (Filiale Berlin).

Sonnabend, den 24. November d. J., Abends 9 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

Herren-Kommers

zur Feier des 50jährigen Drucker-Jubiläums des Kollegen **Aug. Sitzmann.**

Billets hierzu sind zu haben: John, Alte Jakobstr. 35; Vereinsbureau, Neue Friedrichstr. 86 1; W. Brall, Swinemünderstr. 4; Restaurant Wernau, Rosenthalerstr. 57 und Restaurant Lehn, Stralsunderstr. 19.

Indem wir die Kollegen darauf hinweisen, daß **nur ringfreies Bier ausgeschänkt wird** (Münchener Brauhaus, Berlin) bittet um zahlreichen Besuch **Die Verwaltung.**

Gesangverein Männerchor St. Urban.

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.)

Sonntag, den 25. November 1894, Nachmittags 5 Uhr:

Gr. Vokal- u. Instrumental-Concert

in den Sälen des Etablissements **Märkischer Hof,** Admiralstr. 18c. 129/8

Nach dem Concert: **Tanz.**

NB. Als Mitwirkende u. a. Gesangshumorist Herr Oestreich und Geschwister **Frl. Friedrich,** sowie der kleinsten Liedersängerin der Welt.

Einen genußreichen Abend versprechend ladet zu regem Besuch ein **Das Komitee.**

Programme sind in allen bekannten Lokalen und Zigarrenhandlungen à 30 Pf. zu haben.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 16. Dezember 1894, Mittags 12 Uhr:

Grosse Matinée

zum Besten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter

in den neuerbauten **Pracht-Festsälen, Koppenstr. 29** **(5000 Sitzplätze).**

Veranstaltet vom **Gesangverein Männerchor St. Urban** **unter Mitwirkung geschätzter Kräfte.**

Alles Nähere Plakate und Programme.

Uhren- u. Goldwaaren, gut u. billig, da ich Ladenmiethe erspare, jede Uhr zu repariren u. reinigen, **Feder unter Garantie** 1,25 M. **Hirschfeld,** Uhrmacher, Rosenthalerstr. 57 v. 2 Tr.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparat. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [678b

---

Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke Einzelverk. z. Fabrikpreisen.

Verkaufsstellen direkt in der Fabrik

Stallschreiber-Strasse No 50/51, I (Ecke Alexandrinenstraße) und **Jerusalemer-Strasse 65** (Laden, an der Kirche).

Sämmtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter unserer eigenen fachmännischen Leitung hergestellt. Telephon Amt IV 9790.

Neu eröffnet!!

Admiralsgarten, Admiralstrasse 38,

Carl Tutzauer, 1103L*

empfiehlt **Säle und Vereinszimmer** zu **Versammlungen** und **Festlichkeiten,** sowie geheizte **Kegelbahn** und **Restaurant** mit **Billard.** Vorzügliche Speisen, gut gepflegtes Weiß-, echt Münchener- und ringfreies Lager-Bier

---

Evora-Bräu

Fürth-Nürnberg,

in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.

Otto Linke, Lagerhof 3.

Telephon Amt III Nr. 404.

Herm. Ramlow's

Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

Zimmer (60—80 Person.) für Vereine und Festlichkeiten. 1091L*

135 Schönhauser Allee 135.

Erlaube mir den werthen Genossen mein **Weiß- u. Bairischbier-Lokal** nebst kl. Vereins- und schönem Billardzimmer in Erinnerung zu bringen.

NB. Habe in meinem **Cigarren-Geschäft** stets eine gute **5- und 6 Pf.-Cigarre** auf Lager.

Fr. Lindemann, Lübeckerstr. 8.

Kein Ringbier!

Saal u. Vereinszimmer z. Festen u. Versammlungen zu vergeben. 1159b

Karschunke, Cöslinerstr. 17.

Homöopath. Arzt Dr **Hösch,** Linienstraße 149, 8—10, 5—7, Sonntags 8—10 Uhr. 74L*

1000 Damen!!!

Seiden-Plüschjaquets mit kleinen unscheinbaren Webefehlern 12—30, **Abendmäntel** auf Seide wattirt u. Pelzbesatz 8—15. **Seiden-Matelassé-Mäntel, Capes** v. 12—30. **Regenmäntel,** um z. räumen, 5—12. **Neueste Winterjaquets** 5—25 M. **Landsbergerstr. 48 I Treppe.**

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an

Winter-Paletots,

sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüten, Wäsche, **Betten,** gold. und silbernen Herren- u. Damen-Uhren, **Waschkesseln,** Reise- und Holzkoffern u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 9239*

127 Skalitzerstraße 127.

Bestellungen nach Maaß werden gut und billig ausgeführt.

Bitte sehr, **recht genau** auf Namen und Hausnummer zu achten.

Meiner geschätzten Kundschaft zur Nachricht, daß ich meine

Rohtabak-Handlung

von Neue Friedrichstr. 9 nach

Alexanderstr. 22

verlegt habe, wovon gefälligst Kenntniß zu nehmen bitte.

W. Hermann Müller

Berlin O.

Klingbeil & Co.

(Inhaber E. Vogtherr)

Petroleum-Groß-Handlung Berlin SW., Stephanstr. 29,

billige und reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer von nur reinem

Prima Kristall-Petroleum u. Prima Salon-Petroleum

in Fässern und Kannen von 1/4 und 1/2 Zentner Inhalt. 1116L*

Freie Zusendung. Fernspr.-Anschluß.

Presskohlen,

anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend. 99

Preise pro November:

Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.

Seuftenberger Ilse, 18 Ctm. lang . . . . . 7,— „ pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Packen.

Probekohlen gratis frei Haus.

Frischeisen & Co.,

Muskauerstr. 4,

nahe Görlitzer Bahnhof

2. Geschäft: Bergstr. 35a.

Unter den Linden 29.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtoiletten, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophatische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureaux, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.

Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Dirigent

(tüchtiger) für Arbeiter-Gesangverein im Zentrum wird für Donnerstags verl. Adr. abzug. bei **Decker,** Schwedterstraße 245, 2 Tr.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.

Säle und Vereinszimmer von 20—600 Personen.

Ehrenerklärung. 1117b

Ich nehme die Beleidigung gegen Frau Martha Knoll geb. Rickmann zurück, da ich sie für eine anständige Frau halte. Frau **Marie Stelse.**

Carl Meyer, a. d. Stadtbahn 23 II **Feuer-, Glas-**Versicherung, sucht Agenten bei Gehalt, Provision, Spesen. 921L*

Meyer's und Brockhaus' Lexikon, Brehm's Thierleben, Bücher, ganze Bibliotheken kauft **A. Hannemann,** Kochstraße 56. Fernsprecher IV 895. Von 9—1, 3—8. 221M

Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Reichhaltiges Lager in

Formen, Bockfaçons.

Heinrich Franck,

185 Brunnen-Straße 185.

Berliner Kaffee-Mischung

Pfund 40 Pf., empfiehlt

Ed. Schreiber, Weinmeisterstr. 8.

Ausgiebigste Verwerthung alter Wollsachen 461b

Franseckistr. 27 2 Tr. r.

Der billigste und zuverlässigste **Uhren-Einkauf** sowie **Reparatur** ist unzweifelhaft bei 254L*

Albin Grüger, Uhrmacher,

Oranienstr. 1, Berlin SO.

Nickel-Cylind.-Remont.	von	5 M.	an.
Silberne „ „	„	12 „	„
Goldene Damen-Remont.	„	22 „	„
Goldene Herren-Remont.	„	36 „	„
Getr. silb. Cylinderuhren	„	3 „	„
Regulateure m. Schlagw.	„	16 „	„

Wanduhren, Nickel-Wecker, Ketten rc.

Möbel, gebrauchte, kauft **Bartsch,** Schützenstr. 2

---

37 Als anerkannt reelle und billigste **Einkaufs-Quelle** des **Süd-Ostens** für **37**

Gold-, Silber-,

Alfénidewaaren (Eg.-Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfiehlt sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Straße 37

Milchkübel, Kannen, Satten, Maße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen Butterkneter, Drehrollen.

Jordan, Kl. Markusstr. 28.

Kompl. Kücheneinrichtung u. einzelne Küchenspinden bill. zu verk. Lausitzerstraße 50, H., Keller. 1104b

---

Schneiderin empfiehlt sich (Robe 7 M.) 1146b] **E. Krause,** Mariannenstr. 39.

Bismarckdoggen, echt, 11 Wochen, verk. billig **Paul Krusche,** Weinbergsweg 15c, Restauration. 1148b

---

Junge fette Bratgänse, sauber gerupft, per Pfd. 47—48 Pfg., empfiehlt franko **M. Sturies,** Kaltecken b. Alt-Weynothen, Ostpreußen. 1151b

---

Böckhstr. 40 schöner Laden zum Cigarrengesch. z. v.

Arbeitsmarkt.

Wäschenähen. 1135b

Junge Mädchen können bei uns das Nähen und Vorrichten von Herrenkragen unentgeltlich erlernen. Meldungen von 8—1 Uhr.

van Laack, Schmitz & Eltschig,

Greifswalderstr. 13.

Versilberer, gl. L., w. verl. Markusstraße 44, 2 Tr. 1002b

Schleifer auf Leisten verl. **Rothenberg,** Friedenstr. 10. 1156b

---

Goldleistenfabrik!

Suche p. sof. einen tüchtigen **Walzer.**

Liepmann, Königs-Wusterhausen.

Photograph!

Junger Mann, tüchtiger Retoucheur und Operateur, sucht per 1. Dez. oder später dauernde Stellung. Eig. Porträts und Zeugnisse stehen zu Diensten. Werthe Angebote erbeten an **L. Kesselring,** Ladenburg a. N. 1158

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW., Beuthstraße 2.